

Ülbecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Ülbecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierjährlich Mrk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petition oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg.; auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Insolrate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 124.

Sonntag, den 28. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“

Ein letztes Wort vor der Entscheidung.

P. L. Am Montagabend wird das Plenum der Bürgerschaft darüber zu entscheiden haben, ob die vom Senat beantragte Verschlechterung des Wahlrechts zur Bürgergeschäft Gesetz werden soll oder nicht. Es besteht noch die Möglichkeit, die Vorlage durch eine Kommission prüfen zu lassen, jedoch dürfte dieser Weg kaum beschritten werden, da doch bereits eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft sowie eine Kommission des Bürgerausschusses sich mit der Materie beschäftigt hat. Eine erneute sogenannte Beratung durch eine Kommission hat auch um bestwillen nur wenig Wert, weil in einer solchen doch niemals auch die Meinung von Vertretern der Bevölkerungsklassen zum Ausdruck kommen wird, die durch die Vorlage entrichtet werden sollen.

Noch einmal die ganze Sache hier zu beweisen, bliebte sich erübrigten, da alles wohl kaum mehr gesagt werden kann. Unsere Stellung zu diesem Projekt ist so klar, daß sie keiner Erläuterung bedarf. Wie wir überall gegen die Unterdrückung einzelner Bevölkerungsklassen durch andere kämpfen, so auch hier. Grundsätzlich lehnen wir den Antrag des Senates ab, der die Büdicker Einwohnerschaft in zwei Klassen, in Besitzende und Besitzlose, teilt, und der die Achtung winderen Rechts macht, zugunsten der Reichen.

Schon das bestehende Wahlrecht war gesignet, welche Bevölkerungskreise von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen und dadurch des Einflusses auf die Staatsgeschäfte zu beraubt. Die neue Senatvorlage ist aber mit so wahrhaft jesuistischem Nassinenment ausgestaltet, daß sie in jeder Bürger in den Wahlen seinen Willen zum Ausdruck bringen kann, während in Wirklichkeit jedoch nur der Geldsack das Bestimmen hat.

Die eine Frage, die vielleicht noch kurz erörtert werden könnte, ist die: War denn wirklich eine Rückwärts „reformierung“ des bisherigen Wahlrechts notwendig, wenn die Sozialdemokratie nicht die Herrschaft erhalten sollte? Ja der Begründung der Vorlage sind darüber viele allgemeine, nichtsjugende Redensarten enthalten; es werden Vermutungen ausgesprochen und Wahlrechtsuntersuchungen aufgestellt, doch keine von ihnen hat einen wirklichen Wert, da keine mit den tatsächlichen übereinstimmt. Die Erfahrungen, die auf Grund der ehemaligen Wahl nach dem bestehenden Wahlrecht gesammelt worden sind, können gewiß nicht als Beweis für eine baldige sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft dienen; denn es erhält auch nicht einer unserer Genossen in irgend einem Wahlbezirk die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nicht ein einziger Sozialdemokrat wurde bisher in die Bürgerschaft gewählt. Das ist zwar traurig, aber wahr! Wenn man schon Beweise für die angebliche Unbrauchbarkeit des Jenseits als Damm gegen die Sozialdemokratie hätte sammeln wollen, dann hätte man mindestens abwarten müssen, wie sich das Ergebnis der ganzen Erneuerung der Bürgerschaft nach dem jetzigen Wahlrecht gestalten würde. Aber schon jetzt, nachdem noch kein einziger Sozialdemokrat die traurige Eintracht der Bürgerschaftsältesten gefördert hat, zu behaupten, die Sozialdemokratie erhalte durch das gegenwärtige Wahlrecht die Majorität in der Bürgerschaft, kann man nur als eine beabsichtigte Verfälschung von Tatsachen bezeichnen, die den einzigen Zweck hat, eine sonst nicht zu begründende Vorlage zur Annahme zu verhelfen.

Wie die Vorlage zur Annahme gelangen? Wenn der Wille der erdrückenden Mehrheit der Büdicker Bevölkerung maßgebend wäre, sicherlich nicht! Außer den im Büdicker Bereich organisierten Bürgerschaftsmitgliedern und ihren Freunden, die sich durch die Veränderung des Wahlrechts persönlich Vorteile verschaffen könnten, indem sie sich dadurch ihre etwas wacklig geworbenen Mandate sichern, ist niemand für die Wählertreue eingetreten. Auch ein großer Teil des Büdickerums hat sich gegen die Vorlage erklärt, ganz abgesehen von den vielen Lausenden von Arbeitern. Deshalb wird die Abstimmung auch zugleich zeigen, wieviel die angeblichen Vertreter des Volkes auf den Willen des Volkes geben. Wenn in Büdick der alte Stolz des Hanseatenums, der gegründet war auf seine Freiheiten und seine Rechte, nicht ganz geschwunden ist, dann muß die Senatvorlage, die ein schwaches Urrecht zum Gesetz erheben will, fallen. Deshalb sollten sich die Mitglieder der Bürgerschaft wohl überlegen, was sie tun. Sie können das Volk zwar entreden, aber nicht den Griff in Ketten legen. Wie bereits früher

gesagt, werden die Früchte der Wahlrechtsverschlechterung nicht die sein, die man gewünscht hat; in Sachsen nahmen die Machthaber den besitzönen Klassen das Wahlrecht, und am Tage der Reichstagswahl gab das Volk eine Antwort darauf, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. So wird es auch hier kommen. Die Saat des Hasses gegen die Unterdrückter, die durch die Wahlentziehung ausgesetzt wurde, wird nicht auf steinigen Boden fallen; sie wird aufgehen und wachsen, bis daß ihren Urhebern ein Grauen kommt ob ihrer eigenen Tat. Darum noch einmal sei es gesagt, bevor es zu spät ist: Fort mit der Senatvorlage!

Rechtsstreit.

Die „Erfolge“ unserer Kolonialpolitik. Allgemeines Aufsehen hat es zweifellos erregt, als vor einigen Tagen im Reichstage offiziell der Bericht des Berichts der Rechnungskommission über die Einnahmen und Ausgaben pro 1902 für das Kamerunische Schutzgebiet festgestellt wurde, daß der Kapitalfonds für „Bureaubedürfnisse“ um mehr als das Sechsfache überschritten worden ist. Auf Wunsch der Regierung waren 5000 Mark im Etat für dieses Kapitel ausgesetzt, jedoch 37 000 Mark ausgegeben worden. Es ist nun interessant, einmal einen kleinen Auszug aus diesem Kapitel wiedergeben. Da finden wir, daß z. B. für Formulare und Geschäftsbücher 6800 Mark, Kanzlei- und Konzeptpapier 2850 Mark, Briefumschläge 2500 Mark, Schreibpapier 400 Mark, Tinte 450 Mark, Schreibfedern und Federhalter 450 Mark, Blau- und Buntstifte 280 Mark, Schreibzeuge und Tintenfässer 330 Mark, Radiergummi 90 Mark, Bureaulein nebst Pinseln 280 Mark, Aktendeckel und Akten schwämpe 580 Mark und für Siegellack und Siegellampen 425 Mark in einem Jahre verausgabt worden sind. Da das weiße Element in dieser „gesegneten“ Kolonie nur sehr dünn gesät ist, die Schwarzen aber bekanntlich weder lesen noch schreiben können, so gibt es nur zwei Möglichkeiten, die als Erläuterung für die kolossalen Büroaufwendungen dienen können. Entweder gelten in Kamerun dank der deutschen Erziehungsarbeit deutsches Kanzlei- und Konzeptpapier, Briefumschläge, Böschpapier, Tinte, Schreibfedern, Radiergummi, Siegellack etc. als Verderbissen oder aber der preußisch-deutsche Bürokratismus feiert hier im schwarzen Erdteil seine tollsten Orgien. Da die deutschen Steuerzahler diese enormen Kosten zu tragen haben, so haben sie wohl ein Recht zu der Forderung, daß in Zukunft mit ihren Steuergroschen etwas sparsamer verfahren wird.

Das Produkt des Kuhhandels. Die Regierung, vertreten in Preußen hatten in den letzten Tagen alle Hände voll zu tun, eine Mehrheit für die Unternehmertrutzvorlage — offiziell heißt sie Bergarbeitertrutz — zusammenzubringen, damit sie gestern im Abgeordnetenhaus beraten werden konnte. Als einen der eifrigsten Unterhändler bezeichnet die bürgerliche Presse den Adjutanten des Reichskanzlers, Herrn v. Böbel, der bald mit diesem, bald mit jenem Parlamentarier verhandelte, jedoch ohne Erfolg. Die Konservativen wollten absolut nicht mitmachen, da traten die Freikonservativen an die Nationalliberalen und an das Zentrum heran und nun erst kam die „Verständigung“ zustande. Daß die lichtgenannte Partei sich recht eifrig an dem Kuhhandel beteiligen würde, war vorauszusehen. Hoffentlich geben die katholischen Arbeiterwähler diesen Vertretern bei der ersten besten Gelegenheit die richtige Antwort. — Nachdem die „Verständigung“ zustande gekommen, war auch das Schrift der Bergarbeiter „schuß“ novelle bestellt. Mit einer längeren Rede leitete gestern Böbel in die dritte Beratung ein; er erklärte sich selbstredend mit dem Kuhhandel einverstanden. Nach längerer Debatte nahmen schließlich die Dreiklassenmenschen gegen die Stimmen der Konservativen, einiger Freikonservativen und Nationalliberalen die Novelle endgültig gemäß dem Kompromißantrage des Zentrums, der Nationalliberalen und der Freikonservativen bei der Einrichtung obligatorischer Arbeiterausschüsse, die in geheimer Wahl zu wählen sind, sowie die Abschaffung des Nullenzins an.

Auch eine Rechtfertigung. Bekanntlich war von unserem Genossen Stadthagen im Reichstage die Behauptung aufgestellt worden, daß der preußische Justizminister Schönstedt sich eines Eingriffes in die Rechtsprechung des Kammergerichts schuldig gemacht habe. Nunmehr erscheint in der „Nord.“ Alz. Ztg. eine anonyme (1) „Rechtfertigung“, in der der Vorwurf zurückgewiesen und dann ausgeschaut wird: „In einem Rechtsstreit zweier eingetragener Genossenschaften mit beschränkter Haftung hat der Justizminister aus Anlaß einer von der abgewiesenen Klasse an ihn gerichteten Vorstellung das rechtskräftige Urteil des Kammergerichts eingesordnet und daraus festgestellt, daß der Tatbestand dieses Urteils

eine Reihe altenwidriger Ungenaugkeiten enthielt, und doch die getroffene Entscheidung auf die Bestimmungen des Gesetzes über die Genossenschaften mit beschränkter Haftung, statt auf diejenigen des Genossenschaftsgesetzes gestützt war. Auf diese Verstöße hat der Justizminister den Kammergerichtspräsidenten hingewiesen, ohne sich irgendwie in eine Prüfung der materiellen Seite einzulassen, und er hat sich darauf beschränkt, den Präsidenten zu ermahnen, nicht den Senat (wie verkehrtlich in der Sitzung d. s. Abgeordnetenhauses vom 18. März d. J. erklärt worden), sondern den zur Zeit erkrankten Referenten nach seinem Wiedereintritt in den Dienst auf diese Verstöße aufmerksam zu machen. Hierzu war der Justizminister vermöge der ihm durch § 78 des Ausführungsgez. zum Gerichtsverfassungsgesetz übertragenen Macht über die Gerichte ebenso berechtigt wie verpflichtet. Was darüber hinaus von dem Eingreifen des Justizministers in die Sache behauptet worden ist, beruht auf Errirfung. Der Umstand, daß inzwischen andere Senate des Kammergerichts in ähnlichen Prozessen zu Gunsten der klagenden Genossenschaft entschieden haben, hat einen sozialdemokratischen Abgeordneten den traurigen Mut zu der Behauptung gegeben, daß diese Senate sich durch das Einschreiten des Justizministers hätten beeinflussen lassen. Das Urteil des Kammergerichts steht zu hoch und ist zu fest begründet, um durch solche Anzüge berührt werden zu können. Der Vorwurf jenes Abgeordneten ist aber um so hältloser und frivoler, als die verschiedenen Urteile in der rechtlichen Würdigung des Klaggrundes vollständig übereinstimmen, und die Abweitung der Klage in dem späteren Prozeß lediglich auf Grund eines Einwandes erfolgt ist, der in den späteren Prozessen nicht erhoben war und nach Lage der Sache nicht erhoben werden konnte.“ Und warum hat Schönstedt das nicht im Reichstage gesagt? Man höre: „Wenn der Justizminister es sich hat versagen müssen, den gegen ihn erhobenen masslosen Angriffen im Reichstage selbst entgegenzutreten, so beruht dies darauf, daß die königliche Staatsregierung den Reichstag nicht als diejenige Stelle betrachtet, an welcher sie sich wegen preußischer Verwaltungsaakte zu verantworten hat.“ — Der überwiegende Teil des deutschen Volkes hat sich sein Urteil über das Vorgehen Schönstedts gebildet. Es läßt sich dieses Urteil auch nicht rauben durch die vorstehende anonyme „Rechtfertigung“!

Beschränkung des Rechts auf Geschlechtung. Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Dienstag über die Petition eines früheren Postassistenten, betreffend Wiederanstellung in den Postdienst. Petent wollte sich im Alter von 25 Jahren verheiraten. Er war noch nicht etatsmäßig angestellt. Dies sowie der Umstand, daß die Vorgesetzten des Hilfsdienstes moralische und sittliche Bedenken gegen die von dem Petenten getroffene Wahl einer Lebensfähigkeit geltend machten, war die Veranlassung, daß ihn die Postbehörde vor der beabsichtigten Geschlechtung warnte und durchdrängte, daß er, falls diese Warnung seinerseits unberachtet bleiben sollte, auf Weiterbeschäftigung im Postdienst nicht würde rechnen können. Hierdurch eingeschüchtert, gab der Beamte schriftlich die Entlastung ab, daß er das Verhältnis mit seiner Verlobten abbrennen wolle. Als er später nach einem anderen Orte verlegt worden war, erfuhr die Postbehörde, daß er dort den Besuch der Dame, welche er hatte heiraten wollen, empfangen hatte und daß diese circa 14 Tage lang bei den Eltern, bei denen der Beamte wohnte, ebenfalls sojus genommen hatte. Diesen Umstand hielt die Reichspostverwaltung für ein so schweres Vergehen, daß die Dienstentlassung des betreffenden Postassistenten verfügt wurde. In der Petitionskommission wurde von sozialdemokratischer Seite als auch von dem Referenten Abg. v. Gerlach ausgeführt, daß das Gesuch des entlassenen Beamten um Wiederanstellung in den Postdienst ein durchaus berechtigtes sei. Die Postbehörde hätte kein Recht, einen 25 Jahre alten Beamten das Heiraten zu verbieten. Hierüber habe dieser selbst zu entscheiden. Der Regierungskommissar verteidigte den Standpunkt, daß es sowohl im Dienstlichen Interesse wie im Interesse solcher Beamten, welche noch nicht etatsmäßig angestellten seien und die deshalb heute hier und morgen dorthin verlegt werden könnten, selbst liege, wenn sie sich noch nicht verheiraten. Hinzu komme noch, daß der entlassene Beamte seine schriftliche Verpflichtung, das Verhältnis mit seiner Verlobten aufzulösen, nicht erfüllt habe. Sittlicher und moralischer Bezugshaben gegen die geplante Heirat deshalb Bedenken vorzulegen, weil die betreffende Dame, bevor sie den Postassistenten kennen gelernt hatte, ein Verhältnis mit einem Handdienner gehabt habe, bei einer Tänzerin habe sie sich auch noch mit anderen jungen Männern eingelassen; ferner habe sie im Orte das Gespräch verbreitet, sie habe früher schon ein Kind gehabt. All dieser Städtschäk, der hier vom Regierungskommissar vorgetragen wurde, aber durch nichts bewiesen werden konnte, hat allerdings den

petitionierenden Beamten nicht ihre gemacht; er hat seine Verlobte, um derentwillen er den Postdienst verlassen mühte, später doch geheiratet. Die Petitionskommission lehnte den Antrag des Referenten gegen 5 Stimmen ab und beschloß, die Petition für ungeeignet zu Erörterung im Plenum zu erklären. — Das Vorgehen der Postbehörde erinnert lebhaft an jene zum Glück hinter uns liegenden Zeiten, wo es zur Heimat erst der Einwilligung der „Herren“ bedurfte. Dass es nun gerade eine deutsche Reichspostbehörde sein muss, welche diese veralteten Zustände wieder eingeführt hat, gereicht ihr sicherlich nicht zur Ehre. Beschreitet aber willst es, wenn man hört, dass ein deutscher Regierungsvertreter sich nicht scheut, ein solches Vorgehen, durch das die nicht festangestellten Postbeamten zu Sklaven herabgedegradiert werden, zu verteidigen. Germania, verhülle dein Haupt!

Der Leiter der Kameruner Mission über die Landveräußerung der Eingeborenen. In einer Versammlung von Parlamentariern der Rechten, die dieser Tage stattfand, machte nach der „Deutschen Tageszeitung“ der Leiter der Kameruner Mission, Missionar Behnler, folgende Ausführungen: „Von grösster Wichtigkeit ist, dass die Reserve für die Eingeborenen erst festgelegt werden, ehe das Kronland vergeben wird. Am Kamerunberg halte man einfach, wo es einfacher ist, zu quem schen, Nakao gepflanzt, mitten in die Gelände der Eingeborenen. Oft wurde den Eingeborenen der Zugang zu den Wasserläufen versagt. Das kann zugewiesene Land ist auch viel zu wenig. Die Bevölkerung ist schon seit Jahren um Abhilfe gebeten worden, aber geschehen ist bis heute noch nichts. Diese und andere Übelstände haben sehr viel böses Blut gemacht. Vor einem Jahre drohte ein Verzweiflungskampf; wer kann sagen, was in Zukunft geschehen wird? Bei neuen Koncessionsmüssen ganz genaue Bestimmungen getroffen und der Ausdruck „herrenloses Land“ muss darauf festgelegt werden. Wir sind überzeugt, dass es der Wille der Regierung ist, zu helfen; aber vielfach hat man doch den Eindruck, als ob die Regierung selbst keine Macht über die Gesellschaften mehr habe, die sich als Alleinbesitzer des Kamerun-Gebietes ausspielen.“ Hier erfährt man zufällig einmal die traurige Wahrheit über die koloniale Beziehungsregung der Eingeborenen, bevor eine gröbere Erhöhung ausgebrochen ist. Wäre freilich der „Verzweiflungskampf“ bereits im vorherigen Jahre ausgebrochen, so würden dieselben Beschimpfungen von „Banditen“, „schwarzen Bestien“ usw. auf die Kameruner niedergehaelt sein, wie auf die unglückseligsten Herero's. Nur deshalb, weil in Kamerun die Veräusserung der Eingeborenen nicht zugunsten agrarischer Brüderlichkeit erfolgt, sondern zugunsten von Handelsgesellschaften, sieht sich diesmal die Rechte veranlaßt, die Wahrheit die Ehre zu geben! Unverantwortlich ist es aber, daß die Missionare nicht schon viel früher Protest erhoben haben!

Wegen Bekleidung des Königs von Sachsen wurde am Donnerstag der Rebdoktor unseres Strafbürger Parzelblattes, Genosse Peirote, von der dortigen Strafammer zu vier Monaten Festungshaft verurteilt. Es handelt sich um ein der „Wiener Arbeiterzeitung“ entnommenes, Gräfin Montignos überzeichnetes Zeugnis, das die vom Dresdner Hof beliebten Machenschaften in der Montignos-Affäre in scharfen Worten geschilderte. Die Verhandlungen wurden unter Tuschluss der Öffentlichkeit geführt. Der Staatsanwalt hatte den Ausschluss wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung beantragt. Angeklagter und Verteidiger widersprachen dem Antrage mit dem Hinweis darauf, daß die angebliche Bekleidung in vollster Offenlichkeit erfolgt sei, und daß es deshalb im Interesse des Königs von Sachsen sowohl als in dem des Angeklagten liege, die Sache öffentlich zu verhandeln. Auch wies der Verteidiger darauf hin, daß es sich im vorliegenden Falle um Bekleidung eines Bundesfürsten handle, also um eine simple Bekleidungslage, weshalb ein Ausschluss der Offenlichkeit in den Gefährdung der öffentlichen Ordnung gesetzlich nicht zulässig sei. Das Gericht schloß sich dem zwar an, erkannte aber auf Ausschluss der Offenlichkeit, wegen Gefährdung der Sittlichkeit. In dem inkriminierten Artikel war nämlich unter Bezugnahme auf das omnirose Vorentiner Protokoll von den Vertüchern der Exkorpionen die Reue, und das hätte die kischen Ohren mancher unklaerlichen Leute in ihren stützlichen Gefühlen deutlich machen. Der Staatsanwalt beantragte jedoch Monate Gefängnis, der Verteidiger plädierte aus die Mindeststrafe von einem Monat Festungshaft. In seiner Begründung sagt das Gericht, daß es dem Angeklagten die Vergünstigung der Festungshaft gewährte, weil er den Artikel nicht selbst geschrieben und infolge der von ihm angeführten Umstände nicht in der Lage war, ihn eingehend zu prüfen.

Drei Nachwahlen haben infolge der Ungültigkeitsklärungen des Richtergerichts demnächst stattzufinden. Über das Stimmerverhältnis in Erlangen-Fürth haben wir bereits berichtet. — In Thozu-Kulm wurden 1903 abgegeben 13 406 nationalliberale, 13 952 polnische und 998 sozialdemokratische Stimmen, während der Zentrumskandidat 89 Stimmen erhielt. In der engeren Wahl siegte der Pole Brejcht bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Proz. mit 14 724 Stimmen über den Nationalliberalen Graumann, der 14 695 Stimmen erhielt. — In Katowicze wurden 1903 für den Zentrumskandidaten Latocha 19 992, für den Polen Koranski 11 670, für den Sozialdemokraten 10 044 und den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei 3033 Stimmen abgegeben. In der engeren Wahl siegte Koranski mit 23 550 über 22 875 Zentrumsstimmen.

Händlerbestialitäten in Deutsch-Ostafrika. Vor einiger Zeit war in Deutsch-Ostafrika eine Verordnung erlassen worden, die Europäern das Betreten Ruandas und Urundi ohne Erlaubnis des Stationschefs bei Gefangenestrafe verbietet. Diese Verordnung dürfte, wie die „Deutsch-Ostaf.-Ztg.“ in ihrer Nummer vom 29. April hergehobt, auf Vorgänge zurückzuführen sein, über die sie folgendes berichtet: „Vor einigen Tagen wurden in den hiesigen (Doresholzamer) Gefängnissen drei Europäer eingeliefert, die von einem Unteraffizier der Schutztruppe von Muanda über Kompassa hierher transportiert worden waren. Der eine ist bereits in Muanda durch den hiesigen Bezirk-

richter seinerzeit abgeurteilt worden und mit 15 Jahren Buchthaus wegen Erziehung seiner beiden Sohns bestraft. Den anderen beiden (angeblich ein Deutscher und ein Holländer) werden ganz unglaubliche Sachen zur Last gelegt. Sie sollen als Bleihändler in Ruanda eingedrungen sein und haben dort — hunderte Stück Kindisch und Tausende von Schafen und Ziegen nicht den Eingeborenen abgelaufen, sondern einfach weggenommen und sind, da sie bei den Eigentümern des Viehs für diesen Robust wenig Vorliebe finden, mit Gewalt vorgegangen. Wie es heißt, sollen etwa sieben- und vierzig Eingeborene infolge dieser Geschäftsbetriebs ihr Leben eingebüßt haben.“ — Welche Schlüsse lassen solche Vorgänge auf die Behandlung der Eingeborenen überhaupt zu! Und wie gelinde ist wiederum der Doppelmauer der davonkommen, dessen Nationalität schämig verschwiegen wird. Offenbar war es doch kein Mauseländer! Man sieht aber, welche Besitzländer die Kolonialpolitik gebiert! Dabei betont die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“, daß die Bewohner des so vergewaltigten Distrikts höchst „friedlich“ seien, ja ein geradezu „fröhlicher Menschenstock“ seien!

kleine politische Nachrichten. Im Prozeß Hilger-Krämer wurden Donnerstagabend 9½ Uhr die Verhandlungen geschlossen. Das Urteil wird heute, Sonnabend 12 Uhr, gesprochen werden. — Eine vom Leipziger „Tageblatt“ verbreitete Nachricht, der Regent Fürst Heinrich von Neuß i. L. beabsichtige, wegen Krankheit die Regierung niedzulegen, wird halbamtlich bestätigt. Neben dem Termin der Regierungsniederlegung ist noch nichts bestimmt. — Die Verhandlung gegen den Simplaissimus wegen des Gedichtes „Sittlichkeitssprediger in Südn.“ findet am 19. Juni vor dem Stuttgarter Landgericht statt. Angeklagt sind Linnefogel und Thoma. — Der französische Regierungskommissar für Mauretanien, Coppolani, ist in Tidjia von einer Schar rebellischer Mauren ermordet worden; die Mauren wurden verfolgt und verloren 4 Männer.

Rußland.

Die Narren in Warschau haben einen solchen Unsinn angerichtet, daß die Verbürgung des kleinen Belagerungsstaates in Aussicht steht; in Wodz besuchten man ähnliche Missstreuungen. Die Polizei steht den Narren völlig gleichmäßig gegenüber. In Warschau wurden gestern 19 Personen verletzt, von denen 3 verstarben.

Ein Nachruf. Das in Krakau erscheinende sozialistische Blatt „Raprob“ veröffentlicht einen schwarzen Trauerbrief für Malajew. Der Nachruf hat folgenden Wortlaut: „Am Galgen ist am 23. Mai 1905 General Iwan Malajew für die Freiheit gestorben. Ehre seinem Andenken!“

Die Hinrichtung des Gouverneurs von Baku als die Reise für die Grenzen von Baku berechtigt werden, die zu Anfang dieses Jahres die Welt mit Schauder und Entsetzen erfüllt haben. Der Gouverneur hat diese Grauelaten gesieben lassen. Das wird gerade jetzt durch einen offenen Brief erhärtet, den das frühere Stadthaupt von Baku, Nowikow, in der Zeitung „Samarkand“ veröffentlicht hat. Der Brief ist an die Adresse des Fürsten Matschulds gerichtet und lautet: „Ganz Russland, die ganze zivilisierte Welt erbebt, als die Grenzen von Baku bekannt wurden. Russland sucht den Schuldhigen und kann ihn nicht finden. Es ist die Pflicht dieser, der den Schuldhigen kennt, ihn zu nennen, dann sonst würde er sein Pflichtschuldigwerden. Ich kann ihn und halte es für meine heiligste Pflicht, ihn offen zu nennen. Der Schuldhige dieser Schlägerei sind — Sie! 1. Alle Politiker, Rosaken und Soldaten artworteten auf die Bitte, die Unglücklichen zu schützen, immer mit derselben Phrase: „Es ist unverbüten!“ Manche von ihnen waren über die Grauelaten, deren Zeugen sie waren, empört. Aber das Gewehr in den Händen, mußten sie tatenlos zuschauen, wie die Opfer hingemeldet wurden. 2. Sie und Ihr Gehilfe, Polizeimeister Deminski, ritten mit großer Eile durch die Stadt. Aber anstatt die Verbrecher auseinanderzujagen, ritten sie schmunzig davon. Andererseits ist es erwiesen, daß zwei Rosaken und fünf bewaffnete Männer genügt hätten, um einen großen Haufen von Moschoden zu auseinander zu treiben. 3. Sie ließen diejenigen zurück, die bei Ihnen Hilfe suchten, und als Volajew und andere Sie mit Jubel begrüßten und auf Ihr Einschreiten hofften, überstürzten Sie sie mit Vorwürfen, daß Sie selbst Ihr ganzes Unglück verschuldet hätten. 4. Mit Ihrer Eskorte ritten Sie an die Beißer heran, sprachen in freundlichem Tone mit ihnen und befahlten, daß man ihnen ihre Gewehre wiedergebe. 5. Sie unterließen es, den militärischen Beschlshabern kirchliche Befehle zu erteilen, daß Militär austrete, und wußten doch, daß man Ihrem Worte allein nicht glauben wird! — Das genügt, um Sie nicht nur als denjenigen zu bezeichnen, der diese Meheleien zuläßt, sondern Sie angestiftet Ihre hohen Stellung als Seelen dieser unerhörten Grauelaten zu beschuldigen. Räin! Was hast Du mit Deinen Brüdern getan? Sie Feigling haben gelogen, als Sie sagten, daß Sie nicht genügend Kräfte zur Niederbezwigung der Meheleien hätten. Sie haben sich nicht geschämt, die Bevölkerung zu betrügen, indem Sie sich den Anschein gaben, als ob Sie offiziell darum ersuchtet, daß die ganze Angelegenheit durch gewählte Vertreter der Bürgerschaft Baku untersucht werde. Ihre Mitschuldigen Deminski, Chemikli und Vorodin sind besser als Sie, denn sie schämen sich, nach solchen Verbrechen den Menschen vor die Augen zu treten, sie verschwinden. Sie aber sind in Baku geblieben, Sie, der größte Verbrecher! Ja, Sie leiten sogar die Untersuchung in dieser Angelegenheit! Sie sind schlechter als Räin, denn Räin erschlug nur einen Bruder, Sie haben das Blut von hunderten Ihrer Brüder an Ihren Händen. Räin erschlug selbst Abel, — Sie aber missbrauchen Ihre Autorität und verschärfen viele Unglückliche zum Todesfall, die jetzt von Gewissenlosen gequält werden. Räin erschlug Abel, sah über keinen Hass wie Sie, Hass, der auf die Nachkommen der beiden Nationalitäten übergeht. Sie sind schlechter als ein Judas, denn nach Vollendung seiner Tat hängte er sich auf. Sie aber finden es möglich, nach allem, was Sie angeschaut haben, noch weiter zu leben. Das herrliche Grusen, als dessen Sohn Sie gelten, haben Sie mit Schande bestellt! Sie haben Russland

geschändet, denn man kann annehmen, daß zwischen Ihnen und Russland etwas Gemeines ist. Ihr Name soll verachtet sein bis in alle Ewigkeit... Der Schuh hat nun seinen Sohn erhalten.

WALCHEN UND FLÜSSIGE SCHIFFER.

Die Seeschlacht, die bereits stattgefunden haben sollte, ist nichts anderes als eine Seeschlange, welche seinen fationellkriegerischen Reporter in die Welt gefandt haben. Da gegen kann es als feststehend angesehen werden, daß es im Völker- und Seeschlacht kommt werden. Siebzehn russische Kriegsschiffe sind nämlich bei den Säulen eingesunken vor Wusung eingetroffen. Die japanische Schiffahrt ist unterbrochen.

WÜSTEN UND FLÜSSIGE SCHIFFER.

Sonnabend, den 27. Mai 1905.

Achtung Flusschiffer! Neben den Flusschiffahrts-Betrieb von H. Drews ist wegen Rohstoffversorgung die Sperrung fernzuhalten.

Der Zugang von Mauren nach Burg (Fehmarn) und Neufeld i. S. ist streng fernzuhalten!

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen wird sich am Sonntag nachmittag im Vereinshaus mit der Antwort des Arbeitgeberverbandes zu beschäftigen haben. Zu dieser Versammlung, die von außerordentlicher Wichtigkeit ist, muß jeder Schneider geselle, zumal die Hausarbeiter, erscheinen.

Gegen die Wahlrechtsverschlechterung nahm am Donnerstag eine vom Bürgerrechtsverein einberufene gut besuchte Versammlung Stellung. Der erste Referent, Herr W. Bape, leitete in scharfer Weise die Senatsvorlage. Die in der Begründung angegebenen Daten seien purer Schwund; die ganze „Reform“ sei nur ein Produkt der Sozialistenfürcht. Dann beleuchtete Redner das Verhalten der hiesigen Nationalsozialen, die nicht energisch gegen die Senatsvorlage protestiert hätten. Auch die Verschwendung von großen Summen für Travemünden Villenbesitzer zog der Vortrager in den Kreis seiner Erfahrungen. Nachdem Bape noch die traurige Kampfszene der „U. U. Arbeiter“ mit einer von dem Blatt erlogenen Aufzeichnung Bekleidung gekennzeichnet und die sog. Senatornwahl an den Pranger gestellt hatte, sprach er sich entschieden gegen jede Klassenwahl und die Entrichtung der Wunderbemittelten Lübecker Bürger aus. Herr Redakteur Blaaten-Hamburg sprach im Sinne Bapes; die Wahlrechtsreform würde nur Hass und Erbitterung im Gefolge haben und schließlich das ganze Staatswesen gefährden. Nach einer längeren Diskussion, in der sich hauptsächlich die Nationalsozialen gegen die Bemühungen Bapes zu wehren verstanden, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die vom Bürgerrechtsverein einberufene zahlreich besuchte Versammlung protestiert gegen die geplante Wahlrechtsverschlechterung und erwartet von der Bürgerschaft eine glatte Ablehnung der Vorlage.“

Arbeiterkrieger. Wie uns von einem Mitgliede der Arbeiterkenschutzkommission gemeldet wird, erlitt der Arbeiterteil durch erhebliche Verlegerungen, daß ihm ein Lorenz über das rechte Bein fuhr. Der Verunglückte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Vorsicht bei Maiiglückchen! Jetzt zu der Zeit der Blüte des Maiiglückchens (Convallaria majalis) sei darauf hingewiesen, daß die Maiblume in Blüte und Stengel ein sehr starkes Herzgift, das Glycosid Convallamarin, enthält. Manche Menschen huldigen bekanntlich der schon so oft geprüften Unsitte, Blumen zwischen den Lippen zu tragen. Es ist häufig beobachtet worden, daß die Lippen bei ganz geringen Verlegerungen stark angeschwollen, wenn die Blüte mit Maiblumenteilen in Berührung gebracht wurde.

Die Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlung am kommenden Montag wird noch um folgende Punkte vermehrt: Errichtung von drei Oberlehrstellen an der Realschule. — Herstellung einer Niederdruck-Dampfheizungs- und Lüftungsanlage für das Katharineum.

Die Leser der St. Gertrud-Bücherhalle werden erfreut, alle entliehenen Bücher am kommenden Sonntag, 28. d. M., abzuliefern befußt. Neuereinrichtung der Bibliothek. Der Tag der Wiedereröffnung wird baldmöglichst bekannt gemacht werden.

Sarah Bernhardt absolviert, wie bereits gemeldet, am Sonntag mit ihrem eigenen Ensemble ein einmaliges Gastspiel in der Stadthalle, und zwar als Marguerite Gauthier in dem bekannten Schauspiel „Die Kameliendame“ von Dumas. In Berlin und anderen großen Städten Deutschlands hat die Künstlerin in dieser Rolle die selben Triumphe gefeiert wie in Paris. Die interessante Vorstellung wird hoffentlich stark besucht werden.

Über den Beleidungsprozeß, den Rechtsanwalt Nitter aus Lübeck gegen den Schriftsteller Joachim Dose in Lübeck angestrengt hatte, weil jener sich im Doseischen Roman „Mutterohn“ in der Person des Almus Berg gekennzeichnet glaubte, ist jetzt entschieden worden. Das hiesige Amtsgericht hat nun mehr, weil genügende Unterlagen für die Beleidigung fehlen, die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Wir hatten s. B. von der Sache Notiz genommen und einer Anzeige des Herrn Dose kaum gewahrt, in welcher er die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Verdächtigungen nachwies.

„Der Kilometerfresser“ betitelt sich ein Schmuck von Kraatz, der gestern abend erstmals in der Stadthalle zur Aufführung gelangte. Schon die Bezeichnung „Schmar“ schließt eine Art Freibrief der Kritik gegenüber in sich; es wird damit gesagt, daß es sich um ein Stück handelt, das nicht ernst genommen sein will, sondern den ausschließlichen Zweck verfolgt, für einige Stunden die Langeweile zu vertreiben und an deren Stelle Heiterkeit und Fröhlichkeit zu legen. „Der Kilometerfresser“ gehört zu den Schwänken, die namentlich infolge geschickter Situationskomik, die noch durch allerlei pittoreske Beifwerk gewirkt wird, geradezu zwergfellerschütternd wirken, zumal wenn die Darstellung eine so gute ist, wie die in der Stadthalle. Auf den Inhalt selbst einzugehen, wollen wir uns verfassen; man muß den „Kilometerfresser“ eben gesehen haben, um seine Wirkung zu verstehen. Von den Mithilfenden verdienten in erster Linie Frau Bredé, sowie die Herren Dr. Ritter, Wahberg und Korth genannt zu werden. Voraußichtlich dürfte der „Kilometerfresser“ mit seinem Töpfköpf noch diverse Male die Bühne der Stadthalle für seine Zwecke benutzen und ein zahlreiches Auditorium finden.

pb. Brothentledieb. Gegen einen hiesigen Brothentledieb, der dringend verdächtig ist, auf seinen Gangen von den Haustüren Brotheute, die ihm nicht gehören, sich rechtswidrig angeeignet zu haben, wurde Anzeige wegen Diebstahl erstattet.

Nach den Listen des Germanischen Alten sind in der Zeit vom 9. bis 15. Mai 134 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 7 Dampfer und 12 Segelschiffe total verloren gegangen und 87 Dampfer und 28 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

Hamburg. Viele Beweise gegen im Baugewerbe. Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter (Steinträger, Zementmischer usw.) von Hamburg und Nachbarstädten beabsichtigen gemeinschaftlich in eine Lohnbewegung einzutreten und haben einen dahingehenden Stattvertrag abgeschlossen. Der Centralverband deutscher Zimmerleute, Zahnstelle Hamburg und Umgegend, hielt am Donnerstagabend bei Lütje eine Versammlung ab, an der Delegierte, Bezirkspartei und Verbandsfunktionäre teilnahmen. 23 Delegierte waren vertreten, die sich über Hamburg, Harburg, Altona, Bramstedt, Wustrow, erstritten. Zunächst wurde über die Frage: "Welche Forderungen stellen wir?" beraten. Beantragt wurde, einen Stundenlohn von 80 Pf. (bisher 70 Pf.) zu fordern und die Errichtung eines partiellen Arbeitsnachweises zu verlangen. Die Forderung von 80 Pfennig Stundenlohn wurde mit 70 gegen 19 Stimmen verworfen, dagegen wurde jedoch folgender Vorschlag der Verwaltung mit allen gegen eine Stimme angenommen: "Die heutige Zahlschellen-Versammlung beschließt, unter Vorbehalt einer Urabstimmung in sämtlichen 23 Bezirken, 70 Pf. Stundenlohn zu fordern und bei den Unternehmern, die sich weigern, sie zu bewilligen, den Besuch zu machen, die Forderung durch partiale Kämpfe durchzusetzen. Die Versammlung beschließt ferner, von der Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises aus tatsächlichen Gründen vorläufig Abstand zu nehmen und statt dessen bestrebt zu sein, auf eine Anerkennung der Organisation des Zimmerer-Verbands durch die Arbeitgeber hinzuwirken." Bei etwaigen partikulären Streits sollen die Streikenden 3,50 Ml. pro Tag als Unterstützung erhalten.

Hamburg. Zugang von Bauschlossern nach Hamburg, Altona und Wandsbek ist streng fernzuhalten, da sich die Bauschlosser im Streik befinden. Ebenso ist Zugang von Metallarbeitern fernzuhalten von der Maschinenbauanstalt Schule, Hammerdeich, und den Werkstätten Falkenried der Straßenbahngesellschaft in Hamburg, sowie der Maschinenfabrik J. Reichardt in Wandsbek.

Hamburg. Ein Zugang von Treppe in stürze erfolgte gestern vormittag kurz nach 11 Uhr in der Nördnhauserstraße. Da Menschenleben in Gefahr waren, rückten die Feuerwehr zur Unfallstelle ab. Mit Windeseile verbreitete sich in der Umgegend der Unfallstelle das Gerücht, daß einige Arbeiter tot und mehrere schwer verletzt seien. Glücklicherweise bestätigte sich dies Gerücht nicht, nur ein Arbeiter erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf und wurde, nachdem ihm von der Sanitätsmannschaft der Feuerwehr ein Notverband angelegt worden war, durch

Durch Unglücksfall starb mein lieber Mann, unser kinderfreudiger Vater

Wilhelm Fassmann

im Alter von 34 Jahren.

Zieh' betrübt und schwerlich vermisst von mir, den Kindern, seiner Mutter und allen die ihm nahe standen.

Wilhelmine Fassmann geb. Boose.

Die Beerdigung findet am Montag den 29. Mai, vormittags 8½ Uhr von der Kapelle Burgdorf aus statt. Beginn der Feier 8¼ Uhr.

Todesanzeige.

Heute morgen 2½ Uhr wurde uns nach kurzer aber schwerer Krankheit unsere unvergessliche süße Elsa durch den Tod entrissen. Dieses zeigten an die tiefbetroffenen Eltern nebst Geschwistern und alle Unverwandten.

P. Mix und Frau.

Ein freundl. Logis zu vermieten. Kerkringstraße 44, 1. Etage.

Ein freundl. Logis zu vermieten
an einen jungen Mann oder junges Mädchen
Bleicherstraße 21, 1. Etage

Freundliches Logis zu vermieten an 1 oder 2 junge Leute.

Großer Kiesau 13

Ein möbl. Zimmer zu verm.
an einen jungen Mann
Friedenstraße 20, 1. Etg

Ein möbl. Zimmer zu vermieten
Schuhmacherstraße 16, 1.

Eine Wohnung zu vermieten
zum 1. Juli
Trossendorfer Allee 105

Zu vermieten die 1. Etage Glandorpstraße 33, die 3. Etage Warendorpstraße 56. Näheres Barriere dabei ist.

Eine freundliche Wohnung
an ruhige Leute ohne Kinder. Preis 120 Ml.
Arminstraße 26

Freundliche abgeschl. 2. Etage, auch 3 Zimmer u. Zubehör, im ruhigen Hause, ist fortzugsweise zum 1. Juli zu vermieten. Preis 260 Ml.

Weinhofstraße 33a.

Anstreicher und Arbeitsbursche gesucht
H. Benthien, Wakenitzstraße 7, 1.

Sofort ein junger Knecht
beim Wochengewerbe. Budwigstraße 87

Bei hohem Lohn wird zu sofort
ein Junge zum Küchhüten
gesucht — Zu melden Restaurant "Merkauerhof"
Krummstraße.

Eine Kinderarbeitsstelle zu verkaufen
Fischergrube 29, part

Ein Sportwagen zu verkaufen
Adlerstraße 33b, part.

einen Krankenwagen in das St. Georgen Krankenhaus gefahren.

Elmschora. Die Aussperrung der Schlägergesellen wird perfekt. Schlägermeister Sternberg hat seinem Gesellen, weil dieser erklärt, er sei im Verband, gefündigt. Sämtlichen Gesellen ist eine Belohnung zugänglich, worauf sie angeben sollen, ob sie im Verband sind oder nicht.

Nic. Eine Lohnbewegung der Tischler sie ist und der Umgang steht bevor. In einer überaus stark besuchten Versammlung im Engischen Garten wurde am Mittwoch abend mit 630 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Arbeitgebern folgende Forderungen zu unterbreiten: Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden. Ferner Festsetzung folgender Minimalöhne: Für Bankarbeiter 58 Pf., für Arbeiten im Bau 58 Pf. und für Arbeiten an der Maschine für gelernte Tischler und Arbeiter, die mindestens zwei Jahre an der Maschine beschäftigt wurden, 56 Pf. pro Stunde. Der Bescheid der Arbeitgeber wird bis Dienstag erwartet. Zum Dienstag abend ist bereits eine neue Versammlung anberaumt, um eventuell weitere Beschlüsse zu fassen. An der gestrigen Versammlung nahm auch eine große Anzahl teil, da sie jedoch von den Forderungen nicht mitbetroffen werden, so beteiligten sie sich auch nicht an der Abstimmung.

Wismar. Wieder ein unglücklicher Fußfall! Der Bataillonsadjutant Oberleutnant Lende zielte mit einem geladenen Revolver, den er angeblich gesichtet glaubte, auf ein bei ihm weilendes 17jähriges Mädchen und löste dasselbe mit einem Schuß durch die Schläfe. Die Untersuchung wird hoffentlich Aufschluß über diese traurige Angelegenheit bringen; zu verwundern ist nur, daß ein Offizier es nicht gesehen haben will, daß der Revolver, mit dem er zielte, nicht gesichert war. Das kann doch jeder Late wahrnehmen.

Rostock. Sozialdemokratischer Sieg bei der Bürgervertreterwahl. Bei der gestrigen Bürgervertreterwahl wurden zwei Sozialdemokraten gewählt, so daß jetzt drei sozialdemokratische Vertreter in der Bürgervertretung sitzen und unser Genosse Starosson, der bisherige einzige Vertreter, gute Gesellschaft hat.

Bergedorf. Arbeitseinstellung. Gestern legten sämtliche Arbeiter der Abwinkel Werft von Neu-gebauer & Co. in Lemwerder die Arbeit nieder. Seit Jahresfest ist diese Firma wiederholt um die Erhöhung der sehr niedrig bemessenen Löhne ersucht worden, doch stets ohne Erfolg. Als nun abermals eine Kommission die Wünsche der Arbeiterschaft zum Beratungsbahnhof, wurde sie schroff abgewiesen. In Betracht kommen Schiede, Kesselfachmiete, Meter und Steiner, jedoch wird man jetzt auch Schlosser einzustellen versuchen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Burglesum. Ein schwerer Unfall er-siegte sich am Dienstagabend beim Einlaufen des Bootes um 11 Uhr 45 Min. auf dieser Station. Der Hilfschauder Jerzyński stürzte, wahrscheinlich mit dem Kopfe auf den Steinbogen des Bahnhofs, daß der Schädel brach und er einen doppelten Armbruch davontrug. Der Unglückskeil gab sofort seinen Geist auf. Die Leiche wurde nach dem Spritzenhaus des Bahnhofs gebracht. Wie sich der Unfall gegetragen hat, konnte nicht ermittelt werden, da kein Augenzeuge den Fall gesehen hat.

Verbotte Nachrichten.

Chemnitz. Großfeuer. Die Plattenalster Papierfabrik bei Wiesa ist abgebrannt. Der Arbeiter Schreiter ist in den Flammen umgekommen. Eine Rettung war ausgeschlossen, da das Fenster, aus dem er sich retten könnte, vergittert war. Der Verunglückte war 30 Jahre in der Fabrik beschäftigt. Schon dreimal ist die Fabrik von Bränden heimgesucht worden, und jedesmal hat der Brand Menschenleben gefordert. Die Fabriken mit vergitterten Fenstern sind die reichen Menschenfallen.

Köln. Gewerkschaftskongress. Nach den Schlussworten Gués und Umbreits entschied der Kongress mit 151 Delegiertenstimmen, die 771 603 Mitglieder vertreten, gegen 48 Delegiertenstimmen, die 779 431 Mitglieder über den Generalstreik befürwortete. Wohlburg heftig auch die Idee des politischen Massenstreiks und nannte die Gewerkschaftsbewegung! Die Diskussionsredner standen außer Timm-München und Kloß-Berlin auf seiner Seite. Annibraut. Von einem Stein getötet. Der Geschäftsratsteine der Mittelmann wurde auf einem Geschäftsgange nach einer Höhenwirtschaft bei Kuffstein von einem abstürzenden Stein getroffen und getötet.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 26. Mai 1905.

I. Qualität	M. 102-109
II. Qualität	98-100
Terrier:	98-102

Russische und ähnliche

Eterialanz-Elefanten.

Hamburg, 26. Mai.

Der Schatzmeister ist gestorben.

Ausgeführt wurden 1630 Ml., Preis: Etwas kleine

Wit. Breitköpfchen, Höhe 64-65 Ml., leicht

64-65 Ml., Faven 57-62 Ml. und Kerk 60-63 Ml. pro

100 Stück.

Aug. Lößler, Schuhmacher, Hüxstraße 90.

Bekanntmachung.

Mache hiermit bekannt, daß ich in der

Nr. 90 Huxstraße Nr. 90

eine

Schuhwaren-Befohl-Aufstalt

eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, meine werten Kunden durch reelle und saubere Arbeit schnell zu bedienen. — Preise wie bekannt.

Hochachtungsvoll

Aug. Lößler, Schuhmacher, Hüxstraße 90.

Ein neues Freiluft-Hinterrad, Torpedo, zu verkaufen.

Gevorderstraße 36, I.

Ein guterhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen.

Steinraderweg 32

Ein noch fast neuer Wagen zum Handeln zu verkaufen.

Au der Mauer 116

Billig zu verkaufen ein guterh. Fahrrad und ein grosses Ruderboot.

Reisestraße 50a.

Ein Italiener-Hose zu verkaufen

Berlinerstraße 11a

Vom Abbruchlager Kanalstr.

unterh. der Glodengießerei, Telephon Nr. 1598, billig zu verkaufen. Bretter, Eichen und Föhren-Balken in verschiedenen Längen und Stärken, Sparren, Fensterläden, Türen, grosse eiserne Fenster und Säulen, Dachpfannen, Brennholz, Eichen per Meter Ml. 6 50, Tannen I per Meter Ml. 5 50, Tannen II per Meter 4 50, Tannen Neingemacht per Sac 60 Pf., Eichen Neingemacht per Sac 80 Pf., ab Lagerpl. Sonntags vormittags von 7-9 Uhr geöffnet.

Adolf Hübner, Uhren u. Gold- u. Reparaturwerkstatt.

Günzhausen 13.

Bur

213. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie

empfiehlt

Lose zum planmäßigen Preis.

Heinrich Hagelstein

Waisenhoferstraße 33.

Fahrräder.

Reparatur aller Systeme.

Dieselben werden auf das

Sauberste ausgeführt.

Sämtliche Ersatzteile stets auf Lager.

— Eigene Emailier-Werkst.

A. Beckius, Mechaniker, Jäckeb. All. 53.

Alle Sorten

Weine und Spirituosen

auch im Klein-Verkauf und Versandhandel

empfiehlt

J. Höppner, Bedergrube 66.

Zögltich

in allen Verkaufsstellen:

Frisches

Struß-Dauer-Brot.

C. Siemers, Struckmühle.

Fernprecher 1110.

Meine Margarine

durch Frische und besondere

Wohlgeschmack

sich vorteilhaft auszeichnend, ist das beste Fabrikat,

und wird zu nachstehenden Preisen geliefert:

1 Pf. 50, 55, 60, 65, 70 Pf.

2 „ 95, 105, 115, 125, 135

Ludw. Hartwig,

3 Pf. in Kaffeeh.

Obertrave 8.

51 Percevalstrasse 51.

Bier-Geschäft-Gründung.

9 Pf. pro Flasche 9 Pf.

Streichfertige o o

o o o Oelfarben

zum Gebrauch fix u. fertig.

Leinöl, Firniß, Carbolineum,

Stahlspähne, Bohnerwachs,

Deckenbürsten, Weissquäste,

Pinsel

Nur noch kurze Zeit dauert unser Total-Ausverkauf.

Restbestände folgender Arbeiter-Garderoben.

Blaue Pilot-Hosen

sonst	3.—	8.50	4.25	4.50	4.75	5.50 Mk.
jetzt	1.95	2.35	2.80	2.95	3.35	4.00 Mk.

Braune Leder-Hosen

sonst	2.50	3.50	4.50	4.75	5.25	5.75 Mk.
jetzt	1.60	2.35	2.95	3.15	3.50	4.25 Mk.

Bedruckte Leder-Hosen

sonst	3.25	3.75	4.75	5.25	5.75 Mk.
jetzt	2.25	2.65	3.35	3.75	4.25 Mk.

Manchester-Hosen

sonst	4.25	5.—	5.75	5.50	7.75 Mk.
jetzt	2.95	3.65	4.50	5.75	6.25 Mk.

Sommer-Wasch-Hosen

sonst	1.95	2.25	2.75	3.50	3.95	4.50 Mk.
jetzt	1.15	1.55	1.95	2.25	2.50	3.10 Mk.

Buckskin-Hosen

sonst	3.50	5.50	6.50	8.50	10.—	12.— Mk.
jetzt	2.35	3.50	4.90	6.50	7.25	9.50 Mk.

Restbestände:

Parchend-Hemde • Blaue Arbeits-Jacken
Regatta-Hemde und Kittel
Hüte und Mützen

jetzt enorm billig.

Weisse Herren-Westen
Farbige Herren-Westen

unter Einkaufswert.

Weisse Maurer-Hosen verkaufen wir zu **Spottpreisen.**

Gratis-Artikel schon bei einem Einkauf von 3 Mk. **Gratis-Artikel.**

Warenhaus Hansa

A. Wagner & Co.

Großt sich die Welt.

Grautlenten

empfiehlt mein großes Lager in

Möbeln,

Spiegeln

und

Polsterwaren

von guter dauerhafter Arbeit.

Carl Folckers

Möbelmagazin,
25 Marlesgrube 25.

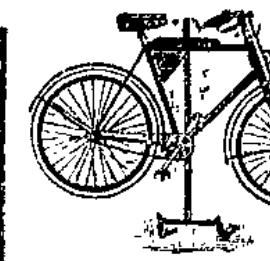
sucht auch aus dem Ausland

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiter-Kundenschaft verkaufe.

G. Creutzfeld, Goldschmied, Sandstr. 19.

Künstliche Zähne speziell Umarbeitungen und Reparaturen äußerst billig.

W. Niemann, Zahntechniker, Adlerstraße 48.



Vorsicht beim Einfahrt eines Fahrrades. Besichtigen Sie bitte im eigenen Interesse mein enormes Lager in Styria-Mars-Pfeil-Gritzner-Diamant-
u. Hansa-Räder.

Preise im Schaufenster.
Hochfeine Holzbremer von Mk. 85.— an
Landsdecker von Mk. 6.50 an, 1 Jahr Garantie.
Postfahrtkutsche von Mk. 2.75 an
sowie sämtliche Radfahrer-Bedarfsartikel billig.
O. Störzner, Lübeck, Hürstraße 54.
Fernsprecher 1278.
Spezial-Fahrcadhaus und bedeutendste Reparatur-
Werkstatt

Sie gewinnen auf jeden Fall

die Überzeugung, daß die Auswahl und Preiswürdigkeit in Herren- und Knaben-Garderoben augenblicklich bei mir die größte ist.

Täglich gehen neue Sendungen ein.

Knaben-Anzüge für das Alter von 2—12 Jahren.

Blusen-Jassons pro Anzug Mk. 1.95—12.50
Kittel-Jassons " " 1.68—8.75
Jacken-Jassons " " 3.25—13.50

Einzelne Blusen und einzelne Höschen

werden billig abgegeben.

Knaben-Anzüge für das Alter von 10—16 Jahren (Jasson wie Herren-Anzüge) von Mk. 5.25—22.00.

Wasch-Knabenblusen in unerreichter Auswahl von 45 Pf. an.

Herren-Anzüge

aus modernsten farrierten und kleingemusterten Stoffen gearbeitet

Keine sogenannten Namens-Konkurrenzwaren, sondern solide, reguläre Qualitäten.

Kompl. Anzug 8.75, 10.50, 13.75,

17.50, 19.50, 22.00, 24.50 bis 38.00 Mk.

Alle anderen Herren-Garderoben-Artikel

werden ebenfalls billig verkauft.

Strohhüte für Knaben von 25 Pf. an.

Strohhüte für Herren von 48 Pf. an.

Markt 4 Otto Albers Kohlmarkt 10
(Barverkauf).

Zur alten Lohmühle.

Restaurant und Regelbahn.

Großer, schattiger Garten.
Angenehmer Familienaufenthalt.

Täglich:

Frische Milch

5 und 10 Pf.

Otto Frick.

"Travestrand", Moisling.

Moislanger Markt

am Montag den 29. Mai 1905

Gr. Konzert

mit nachfolgendem Tanzkränzchen.
Musik von der Schwartauer Kapelle.

Dirigent: Heinrich Meier.

Jeden Sonntag:

Fries. Tanzkränzchen.

Aufang 4 Uhr.

Johannes Schiering.

Zum Waldfest

in Israelsdorf

habe eine

Restauratior

mit Ausschank von ff. Bier, Wein und allen sonstigen Getränken auf dem Grundstück des Herrn F. Jürgens in Israelsdorf, direkt am Eingang zum Festplatz belegen, erichtet.

Hochfeine Butterbröd, Kaffee, Kuchen usw.

Auch o Wurstglock' ist do!

Hochachtungsvoll

Heinr. Petersen, "Petersens Klubhaus",

Lübeck, und Fr. Jürgens.

Brauerei Fackenburg.

Sonntag den 28. Mai 1905:

Großes Erträ-Garten-Konzert.

Musik ausgei. von der Stadtkapelle aus Mölln in Jagd-Fantasie-Uniform.

Leitung: Kapellmeister B. Bisping.

Reichhaltiges Programm. Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf. Programm gratis.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:
S. Johann's Stellung. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:
Beteiliger: Theodor Schwart — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 124

Sonntag, den 28. Mai 1905.

12. Jahrgang.

Fünfter Deutscher Gewerkschaftskongress. (Eigener Bericht des „Lüb. Volksb.“)

Köln, den 24. Mai 1905.

Vormittagssitzung.

Berhandelt wird über Gewerkschaften und Genossenschaften.

Referent Reichstagsabgeordneter A. v. Elm: Gegenüber keiner Bewegung sind in Deutschland so schwere Fehler begangen worden, wie gegen die Genossenschaftsbewegung. Es galt anfangs geradezu als Prinzipienverrat, für sie einzutreten. Vassalle hatte zwar nur vor dem übertriebenen Hoffnungen Schutz. Lichy's gewarnt und niemals erklärt, daß die Arbeiter überhaupt keinen Nutzen von den Konsumvereinen hätten. Aber seine Worte wurden so ausgelegt. Das blieb so bis Hannover, wo die Genossenschaftsbewegung endlich Anerkennung fand. Man hatte sie zunächst ganz den Bürgerlichen überlassen. Da gedieh sie nicht. Die Konsumvereine Deutschlands hatten im Jahre 1873 erst 87500 Mitglieder. Von 1873 bis 1886 herrschte völlige stagnation. In diesen 13 Jahren wachsen die Konsumvereine nur auf 144000 Mitglieder. Erst nach 1886 beginnen die Arbeiter sich allmählich für die Konsumvereine zu interessieren. Zunächst freilich nur von rein materiellem Standpunkt aus, so daß in der ersten Periode die Dividende die Hauptrolle spielt. Die jahrechtholzige Vernachlässigung der Bewegung durch die Gewerkschaften und die Partei rächte sich bitter. Die Dividendenjäger zeigten die schlimmsten Früchte und die Interessen der Angestellten wurden mit Füßen getreten. Statt belehrend zu wirken, tadelte die Arbeiterpresse diese Auswüchse und machte Stimmlauf gegen die Konsumvereine. Ein Teil unserer Presse handelt heute noch nach dieser Methode. Wer höheren Zielen in der Genossenschaftsbewegung nachstrebt, als der Dividende, gilt ihr als nicht ganz prinzipsicher. Als der Konsumverein Leipzig-Connewitz durch die elende Dividendenjäger und den Leichtsinn und die Unfähigkeit seiner Verwaltung zugrunde ging, wurde von einem Teil unserer Presse wieder gegen die Konsumvereine mobil gemacht. Statt dessen sollte man den indifferenten Arbeitern sagen, daß sie von den Konsumvereinen nicht hohe Dividenden erwarten, sondern sie zu einem Mittel machen sollen, womit sie ihre Position im Kampf gegen den Kapitalismus tatsächlich stärken können. Heute haben die Konsumvereine circa eine Million Mitglieder und einen Umsatz von 250 Millionen Mark jährlich; an Rückvergütungen gewähren sie 20 Millionen Mark. Noch aber steht es an der Erkenntnis, daß die Organisation des Konsums ein Waffenzweck für das Proletariat nicht bloß als Konsumtum, sondern auch als Produzent darstellt. Wenn die Arbeiter wollten, dann könnten sie die Produkte ausschließen, die in Buchthäusern, Strafanstalten, in der Heimindustrie hergestellt, zu erbärmlichen Preisen zu haben sind. Aber es fehlt noch an diesem einheitlichen Willen. Ihn zu schaffen ist Aufgabe der genossenschaftlichen Erziehung. Die Dividenden- und Gewerkschaftsverbindung verhindert vor allem die Arbeiterbaronie, dort gerecht zu handeln, wo sie selber als Arbeitgeber in Frage kommen, den eigenen Arbeitern und Angestellten gegenüber. Eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Konsumvereine besteht nicht. Redner hat selber Erhebungen bei fünfzig Vereinen angestellt, die 1500 männliche und 1600 weibliche Angestellte beschäftigen. 35 von ihnen zahlen die vollen Beiträge für die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung. Nur vier haben den Sonntags- und Feiertagsabschluß für fünf Wochentage durchgeführt. Eine Statistik des Lagerhalterverbandes ergibt, daß 60 Prozent der Betriebe den Feiertagsabschluß eingeführt, daß 50 Prozent der Genossenschaftsangestellten von der Sonntagsarbeit

befreit sind und 60 Prozent eine Woche Ferien unter voller Fortzahlung des Lohnes haben. Die Löhne sind durchweg höher als in der Privatindustrie. Ausnahmen kommen nur in solchen Fällen vor, wo auch die gewerkschaftliche Bewegung zurückgeblieben ist. In zwei Vereinen besteht z. B. der Wunsch, daß die Lagerhalter 2 resp. 3 Prozent vom Umsatz erhalten und dafür die Verkäuferinnen selbst bezahlen müssen. Im allgemeinen gilt die Regel, daß die geringsten Löhne werden dort bezahlt, wo die Mitglieder die höchste Dividende erhalten. (Hört, hört!) Ein Verein gibt 15 Prozent Dividende und zahlt seinen zwei Lagerhaltern 56,66 Ml. monatlich. (Hört, hört!) Ein anderer Verein zahlt 15 Prozent und gibt dem Lagerhalter 15 Ml. wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 6—9 Uhr im Sommer und von 7—9 Uhr im Winter. (Hört, hört!) Wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sollten sie ihren Arbeitgebern ein besseres Beispiel geben. (Sehr richtig!) Redner bespricht dann den auf dem letzten Genossenschaftstag geschaffenen Versuch, mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Bei gutem Willen wird sich ein solcher Tarif doch ermöglichen lassen. Allerdings werden die Handels- und Transportarbeiter einen Platz zurückzulegen müssen. So ist im Tarif mit den Bäckern eine Woche Ferien vereinbart worden, die Transportarbeiter aber beanspruchen 14 Tage usw. Es kann nicht im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegen, einen zu großen Abstand zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter in den Konsumvereinen und denen der übrigen Arbeiterschaft zu schaffen. Redner hofft, daß es in Stuttgart zu einer Verständigung kommen wird. Eine Vorbesprechung hier wird den Boden ebnen. Für die Bäcker hat sich der Tarifvertrag mit den Konsumvereinen als von grösster Bedeutung erwiesen. Von den Konsumvereinen ist zu verlangen, daß sie, die an das Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterschaft appellieren, ihrerseits auch den Tarif durchzuführen. In den Konsumbäckereien mit kontinuierlichem Betriebe ist die achtstündige Arbeitszeit durchzuführen.

Redner verweist weiter auf die Bedeutung, die die Schaffung genossenschaftlicher konkurrenzfähiger Großbetriebe durch die Konsumvereine für die Gewerkschaften haben kann. In der Eigenproduktion der Konsumvereine sind, selbst wenn man die nicht dem Zentralverband angegeschlossenen Vereine miteinkalkt, sicherlich nicht über 2000 Arbeiter beschäftigt. Das ist gegenüber den 43000 Arbeitern, die in England in der Eigenproduktion der Konsumvereine beschäftigt sind, erst ein ganz kleiner beschädigter Ansatz. Die Errichtung einer genossenschaftlichen Seifenfabrik in Alen ist im Interesse der privaten Industrie noch von der Regierung verhindert worden. Die deutschen Kleinhändler, angeführt von einem Professor, einer unchristlichen Ausnahme in seinem Stande, kämpfen mit den schlechtesten Waffen gegen die Konsumvereine. Die Regierungen hindern hier und dort die Beamten, Staats- und Gemeindearbeiter, sich den Konsumvereinen anzuschließen. Mag auch der seltzere Staatsminister Dr. v. Beurkisch dieses Verasperren des Weges zur Selbsthilfe als im höchsten Grade gefährlich gebrandmarkt haben, uns kann nur helfen, wenn die organisierten Arbeiter ihre Pflicht erkennen, im Kampf zwischen der Genossenschaft und der Produktionsanarchie sich auf Seiten der Genossenschaft zu stellen. Hier soll nicht zwischen "sozialdemokratischen Gewerkschaften" und "sozialdemokratischen Konsumvereinen" ein Bündnis geschlossen werden, wie Dr. Hans Erler schreibt, es sollen überhaupt keine Verabredungen getroffen werden, aber im Griffe können Gewerkschaften und Genossenschaften doch oft zusammenwirken. Die Gewerkschaften können dahin wirken, daß alle Differenzen mit Genossenschaften von Ihren Mitgliedern vor Gerichtsgerichte gebracht werden; die Gewerkschaften können und müssen die Dividenden- und Gewerkschaften in den Konsumvereinen mit aller Entscheidlichkeit im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung bekämpfen. Die Anerkennung der Genossenschaften als

dritte gleichberechtigte Waffe neben Partei und Gewerkschaft wird ein Meilenstein in der Geschichte der aufsteigenden Arbeiterbewegung sein. (Verdienter Erfolg!)

Die vom Minister vorgelegte Resolution lautet:

Der Gewerkschaftskongress erlässt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volks und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeitnehmer, durch ihren Willen zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufzukräften unterstüzt. Der Kongress ist verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder in den Konsumvereinen, das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfartikel der großen Masse der Konsumanten zu schreiten.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die gewerkschaftlichen Betriebungen vieler Berufe einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit wunderhaften Einrichtungen geschaffen werden.

Hierzu hält der Kongress die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinsbewegung gestärkt wird.

Zunächst erachtet der Kongress im Interesse sowohl der Gewerkschaften, als der Genossenschaften, daß ein siedlungsspezifisches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Bewegungen Bloß greift und tiefschlagende Differenzen, sowie unfeindliche Auseinandersetzungen vermieden werden. Der Kongress hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;

2. gewerkschaftliche Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters, welche nicht nur an die Genossenschaften gerichtet sind, und für welche die betr. Gewerkschaft die Garantie übernimmt, dieselben auf für einen größeren Teil der in andern als genossenschaftlichen Betrieben arbeitenden Berufsangehörigen in kürzester Frist durchzuführen, ohne weiteres anzuerkennen;

3. bei ihren Einkäufen grundlegend die in Buchthäusern, Strafanstalten und zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate auszuschließen, und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Haushaltswirtschaft herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. Produktivgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen im Einverständnis mit dem Zentralverband des Berufs gegründet wurden und sie sich verpflichten, ihre etwaigen Überschüsse im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interess zu verwenden;

4. bei denselben Brüchen, in denen tarifliche Abmachungen zwischen den organisierten Arbeitern und den Fabrikanten bzw. Prinzipalen bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche den Tarif anerkannt haben, sowie bei Vergabe von Arbeiten an Privatunternehmer resp. bei Gewerkschaftsliegung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;

5. bei den von Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftsräten resp. von dem Gewerkschaftsausschuß als berichtigter anerkannter Boykotts die boykottierten Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber, in Fällen von Boykotts für die weitestgehende Auflösung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Der Einjährige.

Kriminalroman von Friedrich Thiemé.

38. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

"Erklären Sie mir, darüber zu schweigen," erwiderte er sarkastisch. "Wenn nun eine Dame im Spiele wäre, Herr Staatsanwalt? Ein Gentleman muß Diskretion zu üben wissen."

"Frecher Bursche, glauben Sie etwa sich über das Gesetz und seine Vertreter lustig machen zu können?" donnerte der Beamte den frivolen Schurken an. "Hören Sie sich, der Versuch könnte Ihnen gewaltig schlecht bekommen! Antworten Sie mir — mit wem haben Sie zusammengetreffen wollen?"

Der Gefangene bedachte sich einen Augenblick, dann entgegnete er etwas gemessener, aber noch immer mit dreifach Sicherheit: "Soviel ich weiß, steht es mir frei, zu ant-

worten oder die Antwort zu verzögern. Ich wähle das letztere."

"Ganz nach Belieben," sagte der Staatsanwalt lässig. "So wollen Sie mir auch Ihren wahren Namen nicht mitteilen?"

"Nin."

"Natürlich wollen Sie mir Ihren wahren Namen nicht nennen," nickte Schubert. "Sie haben wahrscheinlich Ursache, ihn möglichst ins Meer der Vergessenheit zu versenken. Auch gleichviel, wir werden bald mehr wissen, als Ihnen lieb ist. Ihren Hintermann kennen wir längst, es ist der Architekt Hobolt."

Der Gefangene zuckte mürrisch die Achseln.

"Wenn Sie das besser wissen, so brauchen Sie mich ja nicht zu kommodieren."

"Ist das Ihr letztes Wort, Morely?"

"Mein letztes. Machen Sie mit mir, was Sie wollen, behandeln Sie mich, wie Sie wollen, ich bin in Ihren Händen, aber Sie können mich nicht zwingen, den Mund zu öffnen, wenn ich ihn geschlossen halten will. Ich protestiere gegen meine Verhaftung, ich habe nichts zu gestehen, das ist alles, was ich zu sagen habe."

Schubert erwiderete nichts, sondern klappte nach dem wachhabenden Aufseher.

"Bringen Sie den Gefangenen in die Zelle Nummer 5 — er wird in Ketten gelegt und seine Hände bleiben vorläufig gefesselt. Die Polizeibeamten werden Ihnen behilflich sein."

Nachdem Morely hinausgeschafft war, bemerkte der Rechtsanwalt hastig:

"Und Hobolt, Herr Staatsanwalt, soll er nicht sofort eingekerkert werden?"

Schubert zögerte.

"Wenn wir unserer Sache sicherer wären — ich hätte bestimmt, daß Vater Morelys würde mir genügendes Material liefern — aber so —"

"Und wenn er die Verhaftung sei es Komplizen erfährt und sich davon macht?"

"D. das läßt sich verhindern. Herr Inspektor, lassen Sie unverzüglich Hobolts Villa umstellen und im geheimen überwachen — sobald er einen Schritt aus seinem Hause tut, wird er festgenommen. Inzwischen wollen wir weiter überlegen, was zu tun ist. Noch steht nicht fest, ob er in der Tat der spiritus rector der geheimnisvollen Täterschaft Morelys gewesen. Dass jemand sich in Zahlungsschwierigkeit befindet, ist noch nicht hinreichend, aus einem ehrlichen Mann einen Mörder zu formen!"

"Sie vergessen das Taschentuch — er allein hat die Wohnung Wingers betreten, er allein kann sich das Tuch verschafft haben, und der ganze Besuch hat wohl überhaupt nur diesen Zweck gehabt."

Der Staatsanwalt schritt unentschlossen auf und ab.

"Bedenken Sie das Aussehen eines solchen Schrittes — entschließe ich mich ohne genügende Gründe dazu und sehe mich später genötigt, ihn zurückzunehmen, so wird alles auf mich einspielen!"

"Bei einem armen Teufel macht man weniger Umstände," warf Lorenz bitter ein.

"Vater," versetzte Schubert etwas empfindlich. "Aber Sie müssen auch zugeben, lieber Doktor, daß das Verhalten des Menschen von den äußeren Umständen wohl abhängt; ein großes Vermögen läßt man schwerer im Stich als einen Bogenlohn von zwanzig Mark. Und dann — daselbe Publikum, das gegen uns wegen der vermeintlichen Ungerechtigkeit Vorwürfe erhebt, steinigt uns am ersten, wenn wir eine angesehene Persönlichkeit unbegründeterweise beschuldigen. Wenn es uns nur gelänge, Hobolt zu einem Schritt zu veranlassen, der unzweideutig auf sein böses Gewissen hinweist."

Hier verließ der Geheimpolizist Gering seine beschiedene Stellung im Hintergrund des Zimmers und trat einen Schritt näher.

Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um rein örtliche Fragen handelt, ein von der örtlichen Gewerkschaftskommission und der betr. Genossenschaft aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorstz eines unparteiischen Vorsitzenden gebildet werden; sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts dem Gewerkschaftsausschuss respektive der Generalkommission und dem Vorstand des Zentralverbands der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein, und alle Beschränkungen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsgerichts vermieden werden.

Zur Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine verurteilt der Kongress entschieden das Verein, die Konsumvereine lediglich als Dividendeninstitution der Mitglieder zu betrachten.

Der Kongress hält die Genossenschaften für verpflichtet, jährlich Rücklagen zur Einführung eigener, örtlicher Produktion und zur Förderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktions für das Reich zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinne in den Genossenschaften wirken.

Allmann Hamburg (Bäcker) beantragt, im Interesse der Genossenschaftsbäckereien, die oft nach verlorenen Streits gegründet würden, die Anforderungen an sie in Absatz 3 der Resolution so zu mildern: „Produktionsgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern dieselben ihre Aufgabe in der Wahrung gewerkschaftlicher Interessen erfüllen.“ Mit Rücksicht auf die kleineren schwachen Gewerkschaften schlägt der Redner folgende Fassung für den Anfang des Absatzes vor: „Bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen den organisierten Arbeitern und Fabrikanten (oder gestrichen) bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferungen von Waren und Ausführung von Aufträgen zu geben, welche die Gewerkschaften (hinzugefügt), ihre Tarife und Forderungen anerkennen.“

Schulzki Berlin (Transportarbeiter) bittet mit Rücksicht auf den unsozialen Geist in vielen Genossenschaften, auf das Misstrauen vieler Genossenschaften gegen die Gewerkschaften, die unliebsamen Werbungen, die Verpflichtung der Genossenschaften häufiger zu fassen, und zwar so:

1. daß dieselben ihre Arbeitskräfte durch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu beziehen haben.
2. Die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anzuerkennen:

Im drittletzten Absatz: Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um rein örtliche Angelegenheiten handelt, ein von den örtlichen Mitgliedschaften der in Frage kommenden Gewerkschaften und den betreffenden Genossenschaften aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorstz eines Ursparteiüberschreitenden gebildet werden; sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts in gleicher Weise dem Centralvorstand dieses Verbands und dem Vorstand des Zentralverbands der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein und alle Beschränkungen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsgerichts vermieden werden.

Hierarch Kaufmann Hamburg (vom Zentralverband deutscher Konsumvereine; Gast): Schon der Altvater der genossenschaftlichen Bewegung, Schulze-Delitzsch, hat gesagt: Die Genossenschaft ist der Friede! Mit Ihnen, die den 10. Teil des gesamten deutschen Volks vertreten, wollen wir schon ohnedies in Frieden leben, wenn nicht noch obendrein unter den 500 000 deutschen Konsumvereinsmitgliedern 360 000 gewerbliche Arbeiter, meist Gewerkschaftler, wären. Je mehr die Gewerkschaften und die Genossenschaften dieselben Mitglieder haben, desto leichter wird sich das erwünschte friedliche Verständnis und ein freundliches Hand in Hand arbeiten herstellen lassen. (Beifall.) — Redner bittet, die Regelung des komplizierten Verhältnisses von Produktionsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften aus der Resolution v. Elm überhaupt herauszulösen und bekämpft die Zusatzträge Allmann und Schulzki.

Auch Simon Nürnberg (Schuhmacher) stellt sich auf den Standpunkt der unveränderten Resolution Elm. Er führt Klage über den Bezug von Schuhwaren durch die Konsumvereine aus Fabriken, die ihren Arbeitern das Kostensrecht rauschen oder in Buchbörsen abarbeiten lassen; selbst die Annonce einer solchen Fabrik sei in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ nicht unterdrückt worden.

„Wenn Sie mir erlauben wollen, Herr Staatsanwalt?“

„Sprechen Sie, Gering.“

„Ich würde wohl, wie wir Herrn Hobolt vielleicht verlassen könnten, sich bloßzustellen.“

„Num?“

„Es würde doch wohl zu einer Überrührung gerügen, wenn er auf eine Warnung seines Genossen hin zu entfliehen versucht.“

„Genügen? Dann hätten wir ja den handgreiflichen Beweis.“

„Nun wohl, wäre es nicht möglich, in die Morgenblätter unter die nach Schluß der Redaktion eingetroffenen Depeschen noch die Nachricht von Morellys endlicher Greifung einzurücken? Mit dem Hinzufügen, der Verbrecher habe sofort ein offenes Gefändnis abgelegt, und weitere ausschenerregende Verhaftungen ständen bevor? Wenn Hobolt schuldig ist und aus der Morgenzeitung von den Geheimnissen der Nacht Kenntnis erlangt, wird er sicherlich keinen Augenblick mehr verkriegen. Wir aber postieren sofort unsere Leute um die Villa und halten ihn fest, wenn er das Haus unter irgendwie bedenklichen Umständen zu verlassen freibt.“

Dieser Vorschlag sandt den ungeteilten Beifall aller Hörer. Der Detektiv erhält den Auftrag, sich ungestüm mit den Nachredakteuren oder Faktoren der morgens erscheinenden Blätter in Verbindung zu setzen, der Inspektor sollte einige seiner Untergebenen zur Überwachung der Hoboltischen Villa ansetzen. Damit war für heute alles geschehen, was möglich war, und alle Teile trennten sich mit dem befriedigenden Gefühl erfüllter Pflicht...

Der neue Morgen erschien, feucht, neblig, rauh, windig wie der Himmel. Ein wogend Vorvornebel lag wie ein Alp-

Löppeler Hamburg (Bauarbeiter) beschwert sich darüber, daß die Konsumvereine bei Errichtung von Bauten in den Submissionsbedingungen keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen. Der Redner beschäftigt sich dann mit einer Notiz der „Wahlgerichtszeitung“, die vom Geschäftsführer Johannes des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz herüberschreibt. In ihr sei wahrscheinlich behauptet, daß die Bauarbeiter nur deshalb höhere Forderungen gestellt hätten, weil es sich um einen Bau des Konsumvereins gehandelt habe. Die von Elm in den „Sozialistischen Monatsheften“ vertretene Ansicht, daß dies nicht geschehen dürfe, sei ja ganz selbstverständlich. Über wenn von leitender Stelle der größten Konsumvereine in so unverantwortlicher Weise gegen die Gewerkschaften intrigiert werde, müßten die Arbeiter auf's entschieden dagegen Protest einlegen.

Südheimer Berlin (Schreiber) verteidigt durchweg die Resolution v. Elm, auch den Passus über die Produktionsgenossenschaften gegen Kaufmann.

Girbig Berlin (Glasarbeiter) führt bittere Klage darüber, daß die Konsumvereine noch immer bei der Altigesellschaft für Glasindustrie vom Friedrich Siemens in Dresden laufen.

Pöhlisch Leipzig (Papierhalter) bringt Beschwerden seiner Gewerkschaften vor: Lange Arbeitszeit, geringe Löhne, Nicht-Freigabe des 1. Mai und vor allem unzureichende Montageloser.

Boehl Hamburg (Konditor) bellagt die Preisdrückereien der Konsumvereine, welche sie dazu führen, schlechte Waren in Fabriken zu kaufen, die ihre Arbeiter bedrücken.

Josephsohn Hamburg (Kaufmann): Nach der Vergangenheit haben wir keine Garantie dafür, daß die Genossenschaften den uns hier angebotenen Gegenseitigkeitsvertrag innehalten werden. Eine Konsum-Genossenschaft hat unsern Besuch, die kaufmännischen Angestellten zu organisieren, mit einem Briefe beantwortet: „Wir verbitten uns die Erregung von Unzufriedenheit unter unseren Angestellten.“ (Große Heiterkeit.) In Sachsen, wo bekanntlich die tödlichen Sozialdemokraten wachsen (Heiterkeit), läßt er erst jüngst der Geschäftsführer eines Konsumvereins auf seinen Bevollmächtigten los, und als er in ihm einen alten guten Genossen erkannte, da erklärte er ihm verzagt: „Ach, Du hast es. Aber wenn's einer aus Hamburg gewesen wäre, der wäre sofort herausgeschmissen worden.“ (Große Heiterkeit.) In dem Konsumverein, dem der größte Theoretiker der Genossenschaftsbewegung, Beus (Rufe: Gi! Gi!) vorsteht, wurde einer Verkauf ein 20. Mt. Aufzugsgehalt monatlich gezahlt.

Nach langem Kampf und Zeitungskolumnen ließen wir eine Erhöhung auf 5 Mt. wöchentlich durch. (Sturm, Heiterkeit) v. Elm sagte, die Verläufertinnen steigen im Gehalt bis zu 100 Mt. Ich möchte wissen, wo? (Vielfache Rufe: In Berlin!) Ja, es gibt vielleicht Papier, auf dem das steht. (Große Heiterkeit und Widerspruch.) Ich lese keine kleinen Verläufertinnen, die 100 Mt. monetlich belasten, aber ich möchte sie kennen lernen. (Erneute Heiterkeit.) Die Kaufleute werden ihr gewerkschaftliches Kampfmittel, die Entziehung von Kunden und Personal, auch gegen die Genossenschaften anwenden. Daß sie das Recht dazu wohl haben, hat auch ein — diesmal im Ernst gesprochen — großer Theoretiker der Genossenschaftsbewegung Eduard Bernstein, ausdrücklich anerkannt.

Vorenz Hamburg (Gast; von der Großhafenkonzession) pricht seine Freude über das unerwartet große Interesse der Gewerkschaften an den Genossenschaften aus. Die Vorwürfe gegen die Konsumvereine seien vielschach nicht unberechtigt (Hört! hört!), aber rüchten teilweise auch aus Unkenntnis der Verhältnisse her. Schon zu einer Zeit, als die Genossenschaft noch als Prinzipienvertret und Zukunft galten, haben wir auf eine Besserung der Lage der Arbeiter in den Konsumvereinen hingewirkt. Aber man darf auch nicht zu viel verlangen. Ein Boykott von Fabrikanten durch die Konsumvereine ist bei ihrer schwachen Kaufkraft oft unwirksam.

Ein Schlusshandlung findet Annahme.

Der Vorsitzende Legien teilt mit, daß Sachse zu den Beratungen der Berggesetzesnovelle im Reichstag nach Berlin hat abreisen müssen.

Als Gäste wohnen der Verhandlung Gewerbeinspektor Bock und Gewerbeausschiff Dr. Brandes bei.

Spieldes und Spieldieben.

Gute Folgen einer Epidemie. In Brüggen streiken die Maurer. Die Befürchtung eines Arbeitswilligenzuges aus den oberösterreichischen Octen ist nicht vorhanden,

will dort die Polizei die Abwanderung nicht gestatten wegen der Endstrecke. So kann also auch eine Epidemie ihre guten Folgen haben.

In der Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabrik ist der Streik ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zum rheinischen Bleiboykott. Die Kartellkommission und die Vorstände der freien Gewerkschaften in Köln beschlossen mit 110 gegen eine Stimme, den Boykott mit Rücksicht auf die Länge des Kampfes so zu verstehen, daß nicht mehr die Ringier schreibende Werkstätten, sondern nur diese selbst boykottiert sein sollen. Harte Kämpfe stehen den Bäckern in Frankfurt a. M., Offenbach a. M., Höchstädt a. M., Homburg v. d. H. und Nürnberg bevor. Es handelt sich um Befestigung des Post- und Vogelswesens. Zugang ist streng fernzuhalten!

Zum Kapitel von der preußischen Versammlungsfreiheit wird aus Halle geschrieben: Der Geschäftsführer Julius Moewes von der Filiale des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands war am 20. Mai von der hiesigen Strafammer wegen Vergehens gegen § 8a des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 angeklagt, weil er, obwohl in Verbandsversammlungen der Halleseh Filiale politische Gegenstände erörtert worden sind, Frauen und Mädchen als Mitglieder aufgenommen hatte. In einigen Versammlungen — es sollen dies aber öffentliche, nicht von der Verbandsorganisation eingerufene Versammlungen gewesen sein — war über den Hollars, die Märsche, den Generalstreik usw. geredet worden. Der Angeklagte und sein Vertreter wiesen darauf hin, daß dies nur wirtschaftliche, aber nicht politische Themen wären; mit dem Hollars hätten sich Stadtverwaltungen, nicht politische kommunale Vereinigungen, Handwerker, Handelskämmerer usw. beschäftigt. Das Gericht kam aber, in Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt, zu einer entgegengesetzten Ansicht; es beurteilte Moewes zur Zahlung einer Geldstrafe von 30 Mt. und dies hatte man unter letzten Umständen erwartet — sprach zugleich auf Grund des § 16 des Vereinsgesetzes die Schließung der Halleseh Filiale aus. In der Begründung hieß es, der Verein habe mit „Harrägeln“ Politik getrieben und die Tendenz gehabt, gegen das Gesetz zu fehlen.

Nette Studenten. Aus Stockholm wird vom 24. gemeldet: Die heutigen Morgenblätter tellen mit, daß eine Anzahl der Studenten der hiesigen Hochschulen der Stadtverwaltung ihre Unterstellung während des Ausstands der städtischen Reinigungsarbeiter angeboten haben. Da der letzten Nacht haben Studenten bei den Straßenreinigungsarbeiten ausgeführt. Weitere wird berichtet: Seit heute Morgen melden sich eine Menge Freiwillige zu den Straßenreinigungsarbeiten, darunter jüngere und ältere Studenten und Schiffsschäpitanen sowie auch Studentinnen und weibliche Bureauangestellte. Ein Student, der einen Wasserwagen führte, wurde von etlicher 400 Köpfen starken Polizeimenge verfolgt, die später durch die Polizei zerstreut wurde.

Kandidatenaufstellung im 20. sächsischen Reichstagswahlkreis. Am Sonntag verhandeln sich die Gewerken des 20. Reichstagswahlkreises in Königsberg in Gelsenau, um den Bericht der Delegierten von der Landeskongressenttagung entgegenzunehmen und einen Reichstagkandidaten aufzustellen. Nach dem Bericht des Genossen Reichele-Oberhau über die sächsische Landeskongressreferierte Genosse Michael Bischopau über die Aufstellung eines Reichstagkandidaten. Er bemerkte zunächst, daß es, um nicht alte Wunden wieder aufzurütteln, nicht angängig gewesen sei, sofort nach der Beendigung der Nachwahl in die Frage der Reichstagkandidatur einzutreten. Der Wahlprotest sei seinerzeit gegen die Hauptwahl gerichtet worden. Nach seiner Erklärung sei es leicht möglich, daß schon in den nächsten Tagen das Schicksal des Kreises entschieden werden könne. Wenn aber auch die Wahlprüfungscommission zu einer Klassierung des Mandats Zimmermanns kommt, sei es doch noch nicht bestimmt, ob auch das Plenum den Wahlprotest anerkenne. Daß Zimmermann, wenn er merkt, daß die Stimmung in der Kommission gegen ihn sei, das Mandat niederlege, glaube er nicht. Der Referent bemerkte, daß man Zimmermann gegenüber in der Agitation doch etwas zu leicht gewesen sei. Der ungünstige Ausfall der Wahl habe nicht nur in den Umständen gelegen. Die Agitation müsse also besser werden. Ein weiterer Punkt, jetzt schon in die Agitation einzutreten, sei der Lokalmärgel im Kreise. Man sei in der Hauptsache doch nur auf Wiesen und Felder ange-

rief einer der Transporteure. „Ist das vielleicht Herr Hobolt?“

Der Schutzmann trat direkt an den Arrestanten heran. In diesem Augenblick ließ der angebliche Arbeiter den Koffer zu Boden fallen und begann aus Lederstreifen davon zu laufen. Die drei Männer wie der Blitz hinter ihm drein. Schon nach wenig hundert Schritten hatten sie den Flüchtigen gefasst, er war, zwischen engen Gartenwegen hinzugedrängt, auf einen von hohen Staaten umschlossenen Fußpfad geraten, der plötzlich durch eine Mauer einen jähnen Abwinkel fand. Hier stand der Mann, die Unmöglichkeit der Fortsetzung seiner Flucht erkennend, das Antlitz voll gegen seine Verfolger gewandt, einen Revolver in der Hand.

„Er ist bewaffnet, nehmt Euch in acht!“ rief der Polizist, der ihm am nächsten war.

Einen Augenblick, einen einzigen, wichen die Beamten zurück, um ihren Angriff mit der durch die neue Sachlage gebotenen Vorsicht ins Werk zu ziehen — da leuchtete schon ein Schuß, und der Flüchtling stürzte zu Boden.

„Er hat sich erschossen!“ schrie Wehrach, sich erregt über den Körper niedergebrungen. „Es ist Hobolt, Kollegen — ich kenne ihn genau — es ist der, den wir suchen, aber wir werden nur noch eine Leiche zu transportieren haben!“

„So ist er tot — völlig tot?“

Wehrach ergriff die Hand des Selbstmörders und fühlte nach dem Puls.

„Der Puls schlägt noch, wenn auch nur schwach — der Schuß ist seitwärts in den Kopf gedrungen — raus eine Bohre und einen Arzt, vielleicht ist er noch zu retten!“

(Fortsetzung folgt.)

auf den Straßen der Residenz, das nervöse Leben der Großstadt mit seinem weißen, kalten Schleier bedeckend, die Menschen in Schatten verwandeln, die gefährhaft aneinander vorüberhuschen. Die Abgesandten der Polizei begrüßten das Naturschauspiel nicht gerade mit Genugtuung, denn wenn es ihnen einerseits ihre Aufgabe erleichterte, erhöhte es andererseits nicht unerheblich die Schwierigkeiten ihrer Mission. Um so mehr hielten sie ihre Augen offen, und ihre Wachsamkeit steigerte sich mit der sich mehrenden Zahl der Glockenschläge.

Endlich — nach zehn Uhr — hörten die auf der Gartenseite der Hoboltischen Befestigung postierten Späher mit keinem Alter an die Pforte sich öffnen. Ein Mann in Arbeiterkleidung, eine große Tasche in der Hand, trat heraus, schloß die Tür hinter sich und warf einen forschenden Blick die Straße hinauf und hinab. Langsame Schritte, wie jemand, der es nicht eilig hat, trotzte er an der Gartenmauer hin, als wie aus einer Befestigung heraus zwei Männer aus dem Nebel hervortraten.

„Halt — wohin?“

Der Mann in der Arbeiterkleidung schien erschrocken, doch stand er einen Augenblick still und erwiederte ruhig, er habe nur im Auftrag des Herrn Hobolt den Koffer nach der Bahn zu befördern. Dann wollte er seinen Weg fortfahren.

Der Beamte hielt ihn am Arm fest.

„Warten Sie einmal — begleiten Sie uns dorthin, wie wollen Sie erst näher in Augenschein nehmen.“

Ancheinend ohne Bedenken schritt der Arbeiter zwischen den beiden Polizeihauptmannen dem entgegengesetzten Ende der Mauer zu. Hier befand sich der Schutzmann Wehrach, welcher den Architekten von Ansehen kannte.

„Wehrach, sehen Sie sich einmal den Mann da an.“

wiesen. Auch mit der Haussagitation müsse einsicht werden. Genosse Landgraf Chemnitz verfasste eine Erklärung bzg. Genossen Binkau, daß es ihm lieber sei, wenn der 20. Wahlgremium von seiner Person bei einer Neuwahl absehen möge wegen seines Gesundheitszustandes. Genosse Spindler schlug namens des Gesamtvorstandes als Rechtskandidaten den Genossen Paul Göhre vor. In der weiteren Debatte, in der alle Redner für die Kandidatur Göhre eintraten, erklärte Genosse Landgraf als Vertreter des Chemnitzer Agitationskomitees, daß die Agitationssomitees in Sachsen gegen eine Kandidatur Göhre nichts einzuwenden haben, auch der Parteivorstand habe keine Einwendungen gegen die Kandidatur gemacht. Hierauf wurde Genosse Paul Göhre einstimmig als Kandidat für den 20. Reichstag. Wahlkreis aufgestellt. Mit der Agitation soll, auch wenn sich die Erledigung des Protests im Reichstag bis zum Herbst hinausziehe, sofort energisch begonnen werden.

Aus Nah und Fern.

Ein Anarchistenprozeß. „Der soziale Generalstreit“ bewußte sich eine zu Zwischen den anarchistischen Propaganda dienende Brothüre, welche eine Anklage wegen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung gegen den Schlosser Gustav Gladbach und den Posamentier Joseph Stalinsky zur Folge hatte. Beide Angeklagten wurden beschuldigt, im Februar dieses Jahres in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Welle verschworene Massen zur Begehung von Gewalttätsen aufgerufen zu haben. Weder sind Anhänger der anarchistischen Mischung und gehörten einem „Verein der Sozialisten“ Berlin und Umgegend“ an. Im Februar dieses Jahres tauchten in Berlin eine große Anzahl Flugblätter auf, die den Titel „Der soziale Generalsstreit“ trugen. Die Brothüre war von einem, trotz aller Nachforschungen der Polizei, unbekannt gebliebenen „Arnold Müller“ verfaßt und von dem Angeklagten Gladbach vorausgesetzt. Da der Brothüre wurden Iden der radikal anarchistischen Art aufgestellt und Vergleiche zwischen der französischen Revolution und anderen Volksaufständen und einer Echtheit des Wassnitzer Proletariats gegen die herrschenden Massen zu heutiger Zeit gezogen. Am 21. Februar dieses Jahres fand in einem Restaurant eine Zusammenkunft mehrerer in Berlin ansäßiger Anarchisten statt. Hierbei verfehlte der Angeklagte Stalinsky die Brothüre, die vorher schon nach dem Schloss und Zugland gesucht worden war. Der schwachende Polizeipräfekt Külke erhielt hierbei Kenntnis von dem Inhalt der Brothüre und veranlaßte die Verhaftnahme durch die politische Polizei. — Vor dem Berliner Gericht bestritten beide Angeklagte, sich der Aussetzung zum Massenbeschluß schuldig gemacht zu haben. Rechtsanwalt Victor Frankl versuchte den Nachweis zu führen, daß den Anklägten in ihrer Habschaft es völlig fern gelegen habe, irgend eine Auseinandersetzung zu beginnen. Staatsanwalt Bindom beantragte gegen Gladbach 9 Monate, gegen Stalinsky 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof zog in Erwägung, daß derartige anarchistisch revolutionäre Schriften im höchsten Grade geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu stören.“

Das Urteil lautete deshalb gegen Gladbach auf sechs Monate, gegen Stalinsky auf zwei Monate Gefängnis. — Der Richter, daß der Freiheit irgend eines Menschen durch die Brothüre gefährdet worden ist, läßt sie schwer fallen.

Ein Aufstalldirektor als Stilickeitsverbrecher. Vor dem Dresdener Schwurgericht fand am 23. Mai ein Aufsehen erregender Strafprozeß gegen den Direktor der städtischen Kindererziehungsanstalt „Marienhof“ bei Dresden, Blitz, statt. Dem Angeklagten wurde 1897 auf Grund seiner hervorragenden pädagogischen Eigenschaften die Direktion und Oberverwaltung der Aufstalld „Marienhof“, welche aus 2 Klassen mit 2 Lehrern und 3 Assistenten bei einer Fregenz von 57 Kindern besteht, übertragen. Unhaltbare Krankheiten in der Familie brachten den Direktor in den letzten Jahren in seinen finanziellen Verhältnissen zurück. Gegeitet in Schulden, verlor er zwar, Darlehen und Vorschüsse aufzunehmen, griff aber, als diese Versuche scheiterten, die ihm anvertraute Aufstalld „Marienhof“ an, unterschlagt Gelder in Höhe von 435 Mk. und sallte, um seine Verschwendungen zu bedecken, die Geschäftsbücher. Bei einer unvermittelten Kassenrevision legte er den Kontrolluren gefälschte Belege und Auszüge vor. Ein Assessor kam schließlich hinter die Manipulationen des angeklagten Direktors und erstattete Anzeige. Dann war das geschieden, so meldete sich auch ein ehemaliger Zögling der Erziehungsanstalt „Marienhof“, die jetzt 15 Jahre alte Anna Gabler. Diese behauptete, der Aufstalldirektor habe moralisch mit ihr in der Aufstall unzüchtige Handlungen vorgenommen. Ihr war zum Teil unter Aufsicht der Offizialität dieser Haftverhandlung entdeckt, daß der Angeklagte Darlehen in Bezug auf beide Anklagevanteile, Verbrechen im Punkte und Stilickeitsverbrechen, „Ich bin schuldig!“ Ge wurde auf Warrant des Wirkungsgerichts der Gerechtsame unter Anklage mißender Abschüsse zu 3½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Entfernung d. Berufsunfähigkeit verurteilt.

Mehr ein Dienst der Nächstenliebe. Der sozialistische Befreiungskrieger Werner in Höngereuth (Schwaben) wurde mit mehreren Buschen des „Krempe“ zur Peinigung ins Dorf zu konzentrieren. In der Straße wurde er festgehalten, wo ihn das Wirkungsgericht, dessen Name nicht mehr verbar ist, nach Empfehlung der Stadtverwaltung, die einen Körperschlag verboten, vor dem Landgericht vom Landrat Dr. Kempf verurteilt und die Wahrzeichen zu je drei Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein grauslicher Vorgang. Eine Schönhauskapelle in Mülheim-Buchbach fiel auf einen Typenfall, der zunächst noch unbekannt war. Es handelt sich um einen Drachenkrieger. Er gab an, von drei Drachenen heiterlich überfallen, mit dem Basse niedergemacht und dann in die Tanne geworfen zu sein. Er habe jedoch von diesen Peinigern unverrichtet glücklich das Ufer wieder erreicht. Der Mann, welcher das Drachen geschafft werden mußte, will die Drachen erlangt haben. — Man sieht doch, wie no wendig es ist, daß die Militär bewaffnet im Vaterland unterstürzt.

Ein Millionär als Mörder. Aus Marburg wird gemeldet: Auf einem Dampfer in der Nähe von Wertheim ereignete sich der Millionär Greifow, von dem er bestohlen und ins Wasser geschlagen worden war. Greifow wurde bestohlen durch Gerichtsartikel gehängt werden. Was aber mag nun wohl mit dem Millionär geschehen?

Eine verheerende Sturm hat nach in New York eingegangene Meldeungen die Ortschaft Chicago in Illinois, die etwa 200 Einwohner zählt, dem Erdbeben gleichgemacht. Auch in den Städten Fort Worth und Dallas in Texas sind mehrere Häuser umgeworfen worden.

Vitterisches.

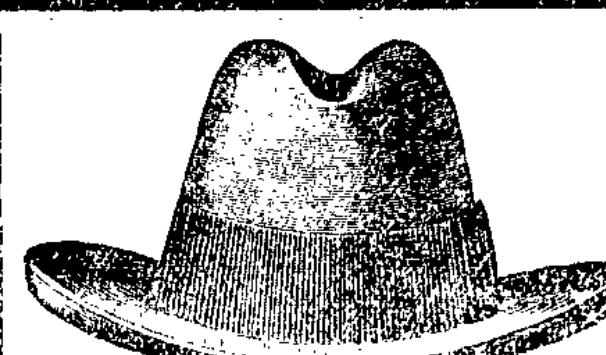
„Herzstörungen und Neurosen.“ Der bekannte Spezialarzt für Herzleiden Dr. med. A. Smith weiß in seinem Buch „Herzstörungen und Neurosen“ (Berlin, Hans Baale Nach., Preis 50 Pf.) darauf hin, daß eine große Reihe von jüngst minnervösen Erscheinungen ihre Ursache in einer Veränderung der Herzaktivität hat. Derartige Störungen werden nun in ganz außerordentlicher Weise durch Wechselstrombäder verbessert. Nur der Arzt, der diese Behandlungsart genau studiert hat, ist bei fortgeschrittenen Erkrankungen der Herzen in der Lage, die für diese Behandlungsmethode geeigneten Fälle zu erkennen. Lebensfalls wird die Verteilung vieler Schritte in einer sorgfältigen Selbstbeobachtung und einer reichhaltigen Dienstpraxis erfordern.

„Die Hohenzollern-Legende.“ Auftakt aus der preußischen Geschichte von Dr. Max von Brügel. Das 7. Heft des Werkes enthält die Fortsetzung des 2. Kapitels „Die neuen Junker und die neuen Fürsten“. Von den Illustrationen erwähnen wir eine gute Reproduktion „Stettin im 15. Jahrhundert“ und die Wiedergabe des ersten bekannten Ururkundengesetzes, das etwa um das Jahr 1492 in der Stadt ausgestellt ist. Das ganze Werk umfaßt 50 Illustrationen, 20 Big. Die bereits erschienenen 60 Illustrationen können von jeder Buchhandlung nachgezogen werden.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 31. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Weltkrieg und Partei. Von Heinrich Beetz (Wien). — Das französische Kaiserreich am Vorabend der großen Revolution. Eine soziologisch-scientifische Studie. Von Ludwig Otfried (Schluß). — Eine Mission der gewerkschaftlichen Kultur. Von Karl Rautenkranz. — Die Stellung der Gewerkschaften zur Partei in Holland. Von Henriette Moland-Holst. — Partei und Gewerkschaft in Dänemark. Von Gustav Bang. — Die Konsumvereinsbewegung. In Österreich. Von Sigmund Kast. — Konfessionelle Geschichtsläder. Von Emil Fischer. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,20 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Dasselbe ist in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. erhältlich. — Preisennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

E. Hirsekopff

Lübeck, Sandstraße 20
empfiehlt sein großes Lager von
Seiden-, Filz- und Strohhüten
sowie Mützen
für Herren und Knaben,
sehr billige Preise.



Anzüge
auf Credit
pro Woche
1 Mark von Mark 1
S. Sachs
Hörselstr. 1

Blusen,
Röcke, Jackets,
auf Credit
pro Woche 1 Mark
von Mark 1
S. Sachs
Hörselstr. 1

Kinder-
gewebe

Günstiges Angebot Partie

moderne Herren-
Anzüge, Paletots,

Hosen

zu enorm billigen Preisen.

Arbeits-Garderoben
sowie sämtliche Wäsche.
Wollwaren und Unterzeuge
in großer Auswahl.

S. Baruch
jetzt: 6 Holstenstraße 6.

Handwerker, Arbeiter Lübecks!

Jahr nach 5 Wochen
danach der Aufsehen erregende
Riesen-Ausverkauf
eleganter fertiger

Herren-, Knaben- und
Arbeiter-Garderoben.

Sämtliche Waren werden jetzt
zu jedem aunehmb. Gebot
gegen Barzahlung veräußert.
Niemand versäume diese Gelegenheit!
Es lohnt sich, für längere Zeit seinen
Bedarf zu decken!

113 Königstr. 113

Ende Auguststrasse.
Man beachte die 5 Riesen-Schaufenster.

Quittungsmarken für Vereine u. Gewerkschaften

empfiehlt gut und billig

B. Schmidt, Schüsselbuden 4.

Großer Möbel-Berkauf

Wegen Neubau meines Hauses Königsstrasse 13 habe ich mein

Möbelgeschäft nach: Königstraße 46 a

— (neben der Löwen-Apotheke)

verlegt

und sind meine Möbel in 2 großen Läden
komplett zur Ansicht ausgestellt.

Auch gebe auf meine Möbel langjährige
Garantie.

Möbelstoffe ein groß u. en detail.

Paul Rehder

Zeislermeister

46 a Königstraße 46 a.

Betten-Duve, gr. Burgstrasse 32.

Bettfedern, Daunen, Aussteuerartikel.

Gratis-Anfertigung. Rabattmarken werden ausgegeben.

Billige Preise.

Rabattmarken werden ausgegeben.

Dr. med. A. Smith'sches

Ambulatorium für Herz- und Nervenkrank

HAMBURG 29 Klopstockstr. 15.

Funktionelle Untersuchung und Behandlung.

Ausführliches im Prospekt (frei).

Doppelt gekochtes Fussboden-Oel

per Pf. 60 Pf.

Prima Fußbodenlacköl

per Pf. 80 Pf.

Meine Fußboden trocknen in einer Nacht mit
hohem Glanz ohne nachzufließen.

John Becker

Dornestraße 29. Fernspr. 1032.

Bezugssquelle nur guter Sorten Matjes, Sommerfang- und Flohsaiblinge, von ff. Anhöfen bester Qualität, der beliebtesten Thüringer Salz u. Sauerkürbiken, ff. Himbeer- u. Kirschsaft. Fabrik des überall beliebtesten nach alter bewährter Brügge'scher Methode hergestellten Eßguts und Eßigspirts, von Wein-, Himbeer-, Estragon-, Gewürz- und Konservierungsfässern. ff. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl.

H. L. Wiegel's verm. J. C. Bunge

Eßigfabrik gegr. 1825.

Fischergrube 61. Fernsprecher 217.

Sparbare Handseiden fertigen die Hand-

fächer aus weißen Seiden an.

Städtisch Fischergrube 61.

Flohmen - Schmalz

garantiert rein) per Pf. 48 Pf.
nur nicht ganz weiß) wieder eingetroffen.

Ludwig Hartwig, Oberstraße 8.

Verein für Feuerbestattung.

Haupt-

Versammlung

am Dienstag, den 30. Mai

abends 8½ Uhr

im Bürgerverein.

Tagesordnung:

1. Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vorstandes.
2. Beratungen der Sitzungen.
3. Wahl der Rechnungsprüfer.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Veranschauung der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahntechniker,
Mühlenstr. 28.

Wilhoeffts Restaurant.
Sonntag den 28. Mai:
Eröffnung
meiner

Garten-Wirtschaft.
Hierzu lädt freundlichst ein
Wilh. Wilhoefft,
Warendorferstraße 2, Ecke Wiedesträße.

Achtung!
Schneider!

Außerordentliche
Mitglieder-
Versammlung
des
Verbandes Deutscher Schneider u.
Schneiderinnen n. verw. Berufsg.
am Sonntag d. 27. Mai 1905
nachmittags 4 Uhr.

Zuges. Ordnung:
Die Antwort des Arbeit-
geberverbandes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.
NB. Die Hausarbeiter werden auf diese Ver-
sammlung und Tagesordnung besonders aufmer-
ksam gemacht.

Vereinshaus.

Sonntag:
in den Gaststuben
Unterhaltungs-Musik.
Carl Haacks Restaurant
Engelsgrube 87.
Sonnabend den 20. Mai 1905:
Klavier-
Unterhaltungs-Abend
Für gute Speisen und Getränke ist bestens
gehört.
Hochachtungsvoll Carl Haack.

Central-Kallen.

Dankwartsgrube 20—22.
Jeden Sonntag:
Großer Tanz
in beiden Sälen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Gesellschaftshaus Mülershof.

Heute Sonntag:
Tanz-Kräntchen.
Louisenuist.
Jeden Sonntag:
Große Tanz-Musik.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.
W. Goe.

Friedrich-Franz-Halle
Jeden Sonntag:
Familien-Kräntchen
Gustav Gläde.

Einsegel

Morgen Sonntag:
Große Tanz-Musik.
Anfang 4 Uhr.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachvorgebiete“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachvorgebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwitz. — Redakteur: Theodor Schwartz. — Druck von Grisebach Reuter & Sohn. — Schriftliche im Elberfeld.

Ausstellung von
Linerusta und Tapeten
zu enorm billigen Preisen.
Carl Beulcke
Sönigstr. 48 b, nahe d. Johannisstr.

Diese Woche
Allgemeine
Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft.
Betriebsverwaltung Lübeck.

Anlässlich des in Israelsdorf stattfindenden Waldfestes wird der Betrieb auf der Israelsdorfer Linie am Sonntag, den 28. Mai er., bis nachts 1 Uhr ausgedehnt.

Die Betriebsverwaltung.

Zum Wald- und Maienfest

halte ich meine Lokalitäten nebst großem Garten bestens empfohlen. Für gute Speisen und Getränke, sowie genügend Sitzeplätze ist ausreichend gesorgt.

„Zur Erholung“

Inhaber: **Hermann Dieckelmann**, Israelsdorf.

Von 4 Uhr nachmittags: **Großer Maienball**. Tanz im Freien.

10 Uhr: Illumination des ganzen Gartens.

Aufmerksame Bedienung. Sölde Preise.

Ausschneiden. Aufbewahren. Neue direkte Dampfverbindung. Ausschneiden. Aufbewahren.

Lübeck—Israelsdorf—Gothmund und zurück

mit modern eingerichtetem Dampfer „Fortuna“, beginnt Sonntag den 28. Mai.

10 Pfg. nach Israelsdorf 10 Pfg.

15 Pfennig nach Gothmund 15 Pfennig.

Abschiff: Kulenkampfbrücke unweit der Klappbrücke.

Abschiffzeiten Wochentage:

Ab Lübeck nachm. 1.30, 3.00, 4.30, 7.15, ab Gothmund 2.15, 3.45, 5.15, 8.00

Abschiffzeiten Sonn- und Festtag:

Ab Lübeck nachm. 1.30, 3.00, 4.30, 6.00, 7.30, ab Gothmund 2.15, 3.45, 5.15, 6.45, 8.30.

W. Külsen.

Ausschneiden. Aufbewahren.

Ausschneiden. Aufbewahren.